

Der Textil-Arbeiter

**Bereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 1078.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Behms, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Rüstet zu den Betriebsratswahlen!

Inhalt: An unsere Ortsverwaltungen! — Der Achtstundentag (II). — Die sächsischen Industrien gegen die Fortführung der gebundenen Wirtschaft. — Verbindlichkeitsklärungen von Tarifverträgen. — Unser Kongress der Betriebsräte (Schluß). — Gaulonferenz für den Gau Vörsch. — Aus der Textilindustrie. — Aus den Gewerkschaften. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Von der Geselligkeit der Werktätigen. — Beilage: Betriebsräte in der Textilindustrie Augsburgs. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen.

An unsere Ortsverwaltungen!

Werte Kollegen!

Alle Briefe und sonstigen Postsendungen sind künftig zu adressieren:

An den Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes
Berlin O. 27, Magazinstr. 6—7 II.

Geldsendungen durch die Post sind zu adressieren:
An Otto Behms, Postfachkonto 5386,
Berlin NW. 7.

Bei Ueberweisungen auf Bankkonto adressiere man:
An die Commerz- und Discobank, Depositenkasse OP.
(Konto Karl Hübsch, Otto Behms, Wilhelm Brillwitz),
Berlin SO. 16, Köpenicker Str. 142.

Wir bitten dringend, bei Sendungen an den Zentralvorstand nur diese Adressen benutzen zu wollen. Alle an einzelne Mitglieder des Vorstandes gerichteten Briefe oder sonstigen Postsendungen bleiben unerschlossen liegen und werden an den Adressaten künftig unerschlossen abgegeben. Die an einzelne Vorstandsmitglieder gerichteten Briefe und sonstigen Postsendungen werden also, falls Adressat verreckt ist, erst nach dessen Rückkehr geöffnet. Alle Verzögerungen in der Erledigung der Verbandsgeschäfte, welche durch falsche Adressierung entstehen, haben die Ortsverwaltungen selbst auf sich zu nehmen.
Der Vorstand. H. Jäckel.

Wir unsererseits bitten dringend, bei Sendungen an uns keine der obigen Adressen zu benutzen, sondern alle Sendungen an uns zu adressieren: Franz Kofke, Berlin O. 27, Magazinstr. 6—7 II.

Die Gaulonferenz des Ganes Berlin.

Der Achtstundentag.

II.

Es mag richtig sein, daß eine bessere Güterverteilung allein die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten nicht wesentlich bessert, wenn dies unter Voraussetzung der privatkapitalistischen Wirtschaft geschieht. Die privatkapitalistische Wirtschaft betreibt die Gütererzeugung nicht im Interesse der Gesellschaft, sondern in ihrem Privatinteresse. Der Profit, welcher aus der Gütererzeugung für den Unternehmer gewonnen wird, ist die treibende Kraft zur Produktion. Auf den Bedarf der Gesellschaft wird erst in zweiter Linie Rücksicht genommen. Weil nicht der Bedarf, sondern der Profit das Interesse zur Produktion bestimmt und in jeder Beziehung dieselbe beeinflusst, deshalb werden ja nach der Konjunktur Teile der Gesellschaft gezwungen, von der Gütererzeugung abzusehen. Abgesehen von denen, die freiwillig an der Gütererzeugung keinen Anteil nehmen und als Parasiten die Arbeit belasten. Die spekulativ-kapitalistische Wirtschaft schaltet diese Teile von Arbeitshänden selbst aus. Pflicht der Gesellschaft ist es, die müßigen Teile der Gesellschaft für die Gütererzeugung dienstbar zu machen. Unsere wirtschaftliche Lage gestattet uns nicht, dieselbe mit unproduktiven Mitgliedern zu belasten. Ferner ist notwendig, daß die Gütererzeugung auf den notwendigen Bedarf der Gesellschaft in erster Linie eingestellt wird. Die unterste Grenze des Bedarfs muß in erster Linie gedeckt werden. In zweiter Linie müssen hochwertige Artikel für den Außenhandel hergestellt werden, zur Deckung der Einfuhr an notwendigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Wenn der gesellschaftliche Bedarf entschieden für die Gütererzeugung ist, dann werden wir an Rohstoffen und zwecklos verschwendeter Arbeitskraft — die Textilindustrie in Deutschland hat vor dem Krieg über 30 Proz. ihrer Rohstoffe für Musterzwecke verwendet — sparen, somit den Wohlstand der Gesellschaft fördern.

Nicht durch eine Verlängerung der Arbeitszeit, sondern durch eine geregelte Produktion, angepaßt an den untersten Bedarf der Gesellschaft — d. h. wir decken zunächst den Bedarf an gewöhnlichem Hemdentuch, ehe wir feinere Tuche herstellen und auf den Inlandsmarkt bringen — unter Heranziehung aller arbeitsfähigen Glieder der Gesellschaft zu produktivem Schaffen, schafft man die Voraussetzung zu einem Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft.
Zunächst also sind die notwendigen Gebrauchs- und

Bedarfsartikel herzustellen, damit der Barfußgehende Schuhe bekommt und der in zerrissenen Kleidern Einbergehende neue Kleider bekommt, ehe sich der Modeseuf zum Affen herauspudert und ehe man für den Inlandsmarkt Luxusartikel herstellt, die wenig oder gar keinen Gebrauchswert besitzen.

Der Aufbau unserer neuen Wirtschaft kann sich nicht treibhausmäßig vollziehen, nur organisch. Der Wiederaufbau wird uns ebenso Schmerzen verursachen wie der Niederbruch. Es ist deshalb wichtig, daß wir alle Glieder der Gesellschaft in den Dienst des Wiederaufbaues zu stellen vermögen und nicht nur als Schaffende, sondern auch als Bestimmende und Ueberwachende, damit bei allen Handlungen die Interessen der Gesamtheit entscheidend sind.

Nach Herrn Gothein soll nur das kapitalistische Interesse entscheiden. Dieses lehnen wir ab!

Herr Gothein jagt nun an anderer Stelle: „Die Revolution sollte das Erfurter Programm verwirklichen. Zu ihm gehört der achtstündige Arbeitstag. Ich habe ihn immer für ein unsinniges Schemen gehalten. Eins schickt sich nicht für alle!“ Weiter sagt er: „Ist denn für solche leichten Arbeiten, wie die Fabrikation künstlicher Blumen, die Bedienung von Maschinen der Textilindustrie u. a. m. die achtstündige Arbeitszeit geboten?“

So falsch Herr Gothein die Arbeit in der Textilindustrie beurteilt, so falsch sind seine Schlüsse, zu denen er in seiner Betrachtung kommt. Herr Gothein beurteilt jedenfalls die Tätigkeit in der Textilindustrie nur vom Hörensagen. Wer jedoch die Tätigkeit eines Webers, eines Spinners, der Spinnereiarbeiterin an den tausenden Maschinen kennt, die alle Aufmerksamkeit des Arbeiters oder der Arbeiterin erfordern, die Tätigkeit, bei der alle Handgriffe in voller Hast ausgeführt werden müssen, die ein emsiges Um- und Hin- und Wiederlaufen an den Maschinen verlangt, die keine Sekunde Stillstand bei dem Arbeiter duldet, der weiß, daß die Tätigkeit in der Textilindustrie im höchsten Maße anstrengend und ermüdend ist. Aus diesem Grund resultiert ja auch, daß die Verkürzung der Arbeitszeit in der Textilindustrie die Produktivität außerordentlich gefördert hat. Eine Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden täglich hinaus liegt durchaus nicht im Interesse der Textilindustrie. Nicht nur die Produktivität, sondern auch das Produkt selbst würde unter der längeren Arbeitszeit leiden.

Die Textilarbeiterschaft wird jede Verlängerung der Arbeitszeit entschieden ablehnen.

Von der Geselligkeit der Werktätigen.

Der Reiche, der Nichtstuer, hat seine eigenen geselligen Freuden. Mit seinem Gelde kauft er sich seine Unterhaltung, seine Freude. Der Arme, der Arbeitende, hat nie Geld genug, um sich das Nützliche und Notwendige zum Leben zu beschaffen, um sich Nahrung und Bekleidung zu sichern, um Kleidung und Beheizung zu erhalten, muß der arme, produktiv tätige Mensch mit dem unproduktiven Reichen, mit dem Ausbeuter seiner Arbeitskraft, schwere Lohnkämpfe führen. Zwischen der Klasse der Arbeiter und der Klasse der Besitzenden wölbt sich keine Brücke der Verständigung. Nichts will der Arbeiter von der Klasse der andern wissen.

Doch in vielen Dingen äßt der Arbeiter den Bourgeois nach. Seine Wohnung ist ein schlechter Abklatsch bürgerlicher Wohnungseinrichtung. Und im Bildschmuck des Wohnzimmers, in der Kleidung des Arbeiters, in seinen sonntäglichen geselligen Vergnügungen finden wir das Nachgemachte, das Unedle, das des Arbeiters unwürdige. Ueber den Zweck vieler Dinge ist der Arbeiter noch nicht im klaren. Wäre er das, dann würde er seine Lebenshaltung, seine Wohnung, seine Kleidung nach der Zweckmäßigkeit einrichten und nicht nach der herrschenden Mode der untergehenden Klasse, der Bourgeoisie.

Es gibt wohl noch immer viele Arbeiter, die sich am Sonntag schämen, Arbeiter zu sein. Doch alles dieses sei nur nebenbei erwähnt.

Heute wollen wir uns mit der Art der geselligen Freuden der Arbeiter befassen.

Die Eintönigkeit der Arbeit, die Sorgenlast des Alltages bringen es mit sich, daß die Arbeiter sich nur sehr selten sorglosen Freuden hingeben können. Das Ausspannen aus der Werktagwelt am Sonntag, die Sehnsucht nach gemeinsamen Freuden führt viele in die Schenke, auf den Tanzboden und ins Kino. Kartenspiel, Grammophonklänge, schlecht zusammengepielte Tanzweisen, das sind Dinge, an denen sich die Wasserarbeitenden Menschen am Sonntag erfreuen.

Das sind die Vergnügungen, die von unternehmungslustigen Geschäftsmachern der Masse geboten werden.

Wir als Klassenbewußte Arbeiter, wir, die Vorkämpfer für die große und herrliche Idee der sozialistischen Kultur, können keine tiefere Freude an den Veranstaltungen der Gleichgültigen und Unverständigen finden, noch an der Art bürgerlicher Schaulust, die auf Prunk und eitle Freude an dem Genuß, auf die Eier, den Bauch zu stillen, berechnet sind. Alle geselligen Veranstaltungen der Arbeiter müssen auf geistiger Höhe stehen; sie müssen im Einklang mit den Idealen des Sozialismus und einer höheren Menschheitsentwicklung stehen. Sorgen wir also dafür, daß dies bei Aufstellung der Programme für unsere geselligen Vergnügungen die leitenden Gedanken wären, so wären wir schon ein großes Stück ernsthafter Erziehungsarbeit auf diesem Gebiete nähergekommen.

Wir können bei der Veranstaltung von Festlichkeiten der Arbeiter zwei Arten unterscheiden: Massenfeste und gesellige Veranstaltungen im engeren Kreise. Massenfeste sind unsere Mäifestern, Revolutionsfeiern. Die großen Festlichkeiten sind Demonstrationen der Arbeiter für die Kultur einer neuen Zeit. Jene Genossen und Genossinnen, die berufen sind, solche Feste zu organisieren, dürfen nie vergessen, daß solche Veranstaltungen mehr sein müssen als ein notwendiges Uebel, um die Massen des Bezirkes zu stärken. Die andere Art der festlichen Veranstaltungen sind jene, die im engeren Kreise abgehalten werden. Es ist schon vielfach die Wahrnehmung gemacht worden, daß Feste einer Lokalorganisation, einer Gewerkschaftsgruppe nie einen Schimmer davon zeigen, daß es Feste sozialistisch fühlender und denkender Arbeiter wären.

Unsere ganze Bildungsarbeit ist Erziehungsarbeit. Auch unsere kleinen festlichen Veranstaltungen müssen erzieherisch wirken. Erzieherisch in dem Sinne, daß wir die Arbeiter für gute Musik empfänglich machen, daß wir ihnen die Freude am Gesange erwecken, daß wir ihnen die Schätze deutscher Literatur zeigen und sie zu dem unererschöpflichen Quell deutschen Humors führen. Widerlicher Komik darf kein Platz in einer Arbeiterunterhaltung eingeräumt werden.

Wie überall, so ist auch in unserm Orte ein Gesangsverein für Arbeiter, in dem sich die Klassenbewußten Arbeiter zusammenfinden, an der Stätte, wo das schlichte Volkslied, der Frei-

heits- und Massenchor geübt wird. Hier wäre Gelegenheit geschaffen für ein löbliches Beginnen: die Schaffung von gemischten Chören, von Frauenchören wäre eine verdienstliche Tat.

Tief bedauerlich ist es, daß noch unzählige Arbeiter es nicht für notwendig halten, aus den Reihen des bürgerlichen Klimbims auszutreten und Eingang zu suchen in unsere Bildungsstätte des Klassenbewußten Proletariats.

Eine andere Art nun, die kleineren Veranstaltungen auf eine geistige Höhe zu stellen, ist das Rezitieren von schönen Dichtungen. Nicht bloß die Darstellung des Komikers kann Heiterkeit auslösen, auch der Vorleser und Rezitator kann durch sein gesprochenes Wort, von passender Mimik begleitet, wahre Heiterkeitsstürme und Lachsalben hervorbringen.

Wissen alle älteren und jugendlichen Arbeiter, welche ein ungeheurer Schatz köstlichen Humors in der deutschen Dichtung ruht?

Wenn bei Veranstaltungen in engerem Kreise — mag man sie Unterhaltungsabende, Familienabende, Elternabende nennen — gute Musik, Gesang und Rezitationen prächtiger Dichtungen zur Geltung kommen, wenn diese Veranstaltungen noch alkoholfrei werden, dann wollen wir hoffen, daß die Arbeiter und unsere junge Saat, die Arbeiterjugend, nicht mehr die schlechtesten Vergnügungen der bürgerlichen Klasse nachahmen, sondern daß sie aus eigenem eine Geselligkeit schaffen, die läuternd auf das Gemüt, veredelnd auf das Gefühl wirkt und den hohen Idealen der Arbeiterklasse würdig sein wird.

Die Tatsache, daß der Leitfaden: „Der Jugend gehört die Zukunft“ gerade jetzt bei der bürgerlichen Klasse mehr Geltung hat als bei uns, daß diese eine robuste Jugendbewegung betreibt (siehe Inserat in der „Bittauer Morgenzeitung“ vom 8. Februar) muß uns ein Ansporn sein, uns von jenen Elementen, die uns ins Unglück getrieben haben, entschieden zu trennen. Wie politisch und gewerkschaftlich, müssen wir auch geistig nach unseren eigenen Anschauungen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die Arbeiterjugendbewegung pflegen. In innigstem Zusammenarbeiten mit uns wird auch in diesem Betracht bei ihr Lust und Liebe, Ehrgeiz und Ausdauer gefördert.
A. Kn., Großschönau.

Die sächlichen Industriellen gegen die Fortführung der gebundenen Wirtschaft.

In der letzten Tagung des Gesamtvorstandes des Verbandes Sächlicher Industrieller wurde nach einem Referat des Syndikus Dr. C. a. r. d. - Zwickau gegen die Fortführung oder gar Verschärfung der Zwangswirtschaft scharfsten Widerspruch erhoben und beschleunigter Abbau der „bedrückendsten“ Bestimmungen der Zwangswirtschaft gefordert.

Die Bestrebungen der Unternehmer, die Zwangswirtschaft zu beseitigen, sind so alt, so alt wie die Zwangswirtschaft, die sich zunächst als eine Kriegsmassnahme notwendig machte, überhaupt ist. Diese Bestrebungen werden lediglich aus dem kapitalistischen Profitinteresse heraus diktiert und sind als solche zu bewerten.

In der Textilindustrie hat sich die Lockerung der Zwangswirtschaft als ein schwerer Fehler erwiesen. Herr Geheimrat Just, der Vorsitzende der Reichsstelle für Textilwirtschaft, hat neulich in Stuttgart sich offen zu unserer Auffassung bekannt. Daß lediglich das Profitinteresse die Unternehmer bestimmt, die Zwangswirtschaft zu beseitigen, sei hier nur an einigen Beispielen gezeigt:

Der Unterausschuß für Kunstseide und Stapelfaser beschloß seinerzeit, daß den Produzenten für Kunstseide 25 Proz. der Produktion für den freien Verkauf freigegeben werden soll. Dieser Beschluß führte dann dazu, daß große Mengen Kunstseide in den freien Handel gebracht wurden. Diese 25 Prozent dienten nur zur Verschleierung des Handels. Die Folge war dann, daß der Preis für Kunstseide ungemein in die Höhe geschraubt wurde und daß die kontingierten Mengen, die zur Verfügung standen, sich bedeutend verminderten. Es ist dies kein Wunder. Der Preis für Kunstseide für die kontingierten Mengen beträgt zurzeit 115 Mk. pro Kilo, dagegen werden für die in den freien Handel gebrachten verkauften Garne 400—1000 Mk. pro Kilo gezahlt. Während man im freien Handel zu dem hohen Preise Kunstseide haben kann, läßt die Belieferung aus den kontingierten Beständen alles zu wünschen übrig. Andererseits haben Firmen ihre Betriebe einschränken müssen, weil sie nicht ordnungsmäßig beliefert werden sind. Ferner haben wir die weitere Beobachtung gemacht, daß Firmen die ihnen zugewiesene Kunstseide nicht verarbeiten, sondern auf dem Schleichhandelswege verkaufen, weil ihnen diese Geschäfte mehr einbringen als die Verarbeitung.

Dafür, wie die Unternehmer mit allen Mitteln bestrebt sind, den freien Handel durchzusetzen, diene folgendes: Der Unterausschuß für Kunstseide und Stapelfaser beschloß, die Stapelfaser freizugeben, weil Stapelfaser nicht in gewünschter Weise angefordert und infolgedessen die Ausgleichskasse zu stark belastet würde. Die Freigabe wurde gegen milderer Einspruch beschlossen. Nachdem die Freigabe erfolgt ist, wird uns die Mitteilung, daß der Verbrauch an Stapelfaser so groß ist, daß die Unternehmungen nicht in befriedigender Weise beliefert werden können. Die Angaben, die gemacht worden sind, waren demnach recht fragwürdig. Natur. Die Preise sind ebenfalls stark gestiegen. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft in den Reichswirtschaftsstellen entschiedenen Einfluß gewinne, damit dem gewinnstüchtigen Streben der Unternehmer ein Riegel vorgeschoben wird. Wenn wir unseren kranken Wirtschaftskörper der Gesundheit entgegenführen wollen, dann kann dies nur geschehen, wenn das spekulative Interesse der Unternehmer hinter dem Interesse des gesamten Volksinteresses zurückgestellt wird. Der Aufbau einer Wirtschaftsorganisation, in welcher Produzenten, Arbeiter und Angestellte und Konsumenten gleichen und bestimmenden Einfluß haben, ist unerlässlich. Die Glieder dieser Organisation müssen, von den einzelnen Betrieben, Kommunen ausgehend, bis zum Reichswirtschaftsrat reichend, aufgebaut werden. Nur auf diese Weise ist es möglich, der kapitalistischen Raubwirtschaft, die uns in den Abgrund führt, zu begegnen.

Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen.

Auf Verfügung des Reichsarbeitsministeriums sind folgende Tarifverträge für rechtsverbindlich erklärt worden:

Der zwischen dem Verband der Stoffhandschuhfabrikanten, e. B., in Rimbach-Oberrosna (Sa.) und dem Deutschen Textilarbeiterverband am 8. November 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Stoffhandschuhindustrie wird an Stelle des Tarifvertrages vom 28. Juni 1919 gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1456) für das Gebiet des Freistaates Sachsen und für die in Ruhdorf in Sachsen-Altenburg gelegenen Betriebe der Stoffhandschuhindustrie für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem Beginn der ersten vollen Lohnwoche im Oktober 1919.

Der Reichsarbeitsminister.

In Vertretung: Geib.

Der zwischen dem Verband von Arbeitgebern der Sächlichen Textilindustrie in Chemnitz und dem Deutschen Textilarbeiterverband in Chemnitz am 26. Oktober 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gewerblichen Arbeiter in Kammgarnspinnereien, Strickgarnspinnereien und Wollkammereien wird gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1456) für das Gebiet der Freistaaten Sachsen, Sachsen-Anhalt, des Volksstaates Meckl. und des Ortes Leichwolfsramsdorf bei Verdau für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Januar 1920.

Der Reichsarbeitsminister.

In Vertretung: Geib.

Der zwischen dem Verband von Arbeitgebern der Sächlichen Textilindustrie in Chemnitz und dem Deutschen Textilarbeiterverband am 13. Oktober 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gewerblichen Arbeiter in Zwirnereien, Spinnereien und Webereien wird gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1456) für das Gebiet der Kreisbauernschaften Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Januar 1920.

Der Reichsarbeitsminister.

In Vertretung: Geib.

Der zwischen dem Verband von Arbeitgebern der Sächlichen Textilindustrie zu Chemnitz, dem Deutschen Textilarbeiterverband und dem Deutschen Werkmeisterverband am 8. November 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen — für die Meister in den Betrieben der Bogtl. Ausstattungsindustriebetriebe, welche auf die Ausattung von Erzeugnissen der Bogtl. Textilindustrie (Stickerien, Spitzen, Gardinen, Tülle) eingerichtet sind, und zwar auch insoweit, als diese Betriebe noch andere als die genannten bogtländischen Spezialartikel ausüben — wird gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1456) für das Gebiet der Orte: Auerbach i. B., Elsterberg, Falkenstein i. B., Lengsfeld i. B., Milsgrün i. B., Neuschau, Oelszig i. B., Plauen i. B., Rebsgrün i. B., Reichenbach i. B., Rodewisch i. B., Schreiergrün i. B., Sorga i. B., Treuen i. B., Weitenhäuser bei Treuen und Weischitz für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Januar 1920.

Der Reichsarbeitsminister.

In Vertretung: Geib.

Unser Kongreß der Betriebsräte.

(Schluß.)

Jäckel-Berlin: Schon auf der Plauener Generalversammlung sei der Gedanke der Betriebsräte mit ihren Funktionen hervorgetreten, weil ohne Betriebsräte eine Sozialisierung der Produktion nicht möglich sei. Er wollte der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die Demokratie notwendig sei, die Demokratie allein aber könne der Arbeiterschaft nicht die wirtschaftliche Machtstellung, die ihr gebührt, geben. Zur Befreiung des Proletariats könnten nur Instanzen des Proletariats wirken. Nicht durch Koalition mit anderen Klassen könne dieses geschehen, sondern nur durch die Tätigkeit des Proletariats selbst. Die Schaffung der Betriebsdemokratie sei der erste Schritt hierzu. Der Arbeiter müsse neben dem Unternehmer gleichberechtigt sein, wie es von der Nationalversammlung durch den Entwurf der freien Angestelltenverbände und des Textilarbeiterverbandes gefordert worden sei. Diese Forderungen seien von der Regierung und der Nationalversammlung nicht beachtet worden. Die Arbeiterschaft habe die ganze Kraft nach wie vor einzusetzen, um die Betriebsräte in diesem Sinne durchzusetzen. Die Untätigkeit des Gewerkschaftsbundes gegenüber dem Gesetz sei eine sträfliche Pflichtverletzung gewesen. Er habe nicht das geringste getan, um den Entwurf der freien Angestelltenverbände zu unterstützen und bei der Regierung zu verteidigen. Die Unternehmer hätten dagegen den Entwurf der freien Angestelltenverbände bekämpft. Was in dem Entwurf gefordert wurde, war nur das, was bereits teilweise in vielen Bezirken bestand. Es sei dringend notwendig, die Produktion im Interesse des Gemeinwohles zu beeinflussen. Das Interesse des Unternehmers dürfe bei der Produktion nicht entscheidend sein. Die revolutionären Kämpfe werden noch vieles anders gestalten und auch das Betriebsrätegesetz wird entsprechend geändert werden müssen. Die Betriebsräte sind nach wie vor Kampfojekt. Das Betriebsrätegesetz bringt uns nur verbesserte Arbeiterausschüsse, welche nicht den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechen. Wir benötigen sie im Kampf zur Stärkung der Arbeiterposition, um die Betriebsdemokratie durchzuführen. Je nach dem Maße der gewerkschaftlichen Macht wird die Betriebsdemokratie früher oder später kommen. Der Widerstand der Unternehmer würde ein geringerer sein, wenn die politische Macht der Arbeiterklasse eine größere wäre. Es sei von sehr hoher Bedeutung, daß die oberste Spitze der Gewerkschaften, der Allgemeine Gewerkschaftsbund, die Politik in ungünstigen Sinne beeinflusse. Der Gewerkschaftsbund wälze scheinbar die politische Betätigung auf die Partei ab. Er selber jedoch näherte sich der bürgerlichen Auffassung.

Wenn wir uns an der Wahl beteiligen, so tun wir es, um die Betriebsräte zu erobern, um die Betriebsräte zu Kampforganen auszugestalten. Deshalb sei notwendig, daß die Betriebsräte mit sozialistischem Geist erfüllt würden. Jäckel wendet sich gegen die Kommunisten. Die Kommunisten behaupten, der Klassenkampf beginne erst. Solche Behauptungen könne nur jemand aufstellen, der entweder einen hundertjährigen Schlaf hinter sich habe oder vom Monde herab zu uns gekommen sei. Er verweise auf den Klassenkampf, der sich in der Textilindustrie abgespielt habe. Er erinnere dabei an die Kämpfe in Neumünster, Grimmitzsch, Kottbus usw. Die Geschichte des Textilarbeiterverbandes sei die Geschichte des fortgesetzten Klassenkampfes. Die Kommunisten hätten die Frage aufgeworfen: Was haben die Textilarbeiter mit der Wala zu tun? Die Frage der Wala sei für die Textilindustrie infolge der Rohstoffversorgung eine überaus wichtige. Es zeige dies, wie oberflächlich die Kommunisten diese Lebensfragen beurteilen.

Eine verrückte Politik der deutschen Regierung (Waltumpolitik) habe eine frühere Verbindung mit Rußland gestört. Heute sei England daran, mit Rußland Handelsverbindungen anzuknüpfen. Zwischen uns und Rußland waren vor dem Baltikumabenteuer Verhandlungen zum Abschluß gekommen, daß uns Rußland 50 000 Vollen Flachs, den wir so notwendig brauchen, gegen landwirtschaftliche Maschinen liefern wolle. Dieser Abschluß wurde zerstört. Die Welt habe genug Rohstoffe, aber wir in Deutschland haben sie nicht, und wir müssen sie heranschaffen unter Berücksichtigung der kapitalistischen Produktion. Es sei der Vorwurf erhoben worden: es wimmle hier von Geschäftsführern. Es sei ihnen diesen Vorwurf nach der Zusammenkunft des Kongresses zu erheben. Die Betriebsräte sollen hier das Wort führen. Der Geschäftsführer soll die Betriebsräte nur fördern und unterstützen. Er muß deshalb hier vertreten sein. Der Deutsche Textilarbeiterverband habe seine Pflicht erfüllt. Er marschiere heute an der Spitze seiner Organisationen. Wir haben über 4200 Betriebe, über 50 Beschäftigte, 10 000 Betriebe mit 6—50 Beschäftigten, 7000 Betriebsräte sind für die Textilindustrie notwendig. Diese müssen von der Organisation befruchtet werden. Wir müssen dafür sorgen, daß überall nur organisierte Arbeiter gewählt werden. Wir dürfen deshalb die Wahl nicht dem Zufall überlassen, denn sonst würde das Unternehmertum über die Arbeiterschaft triumphieren. Die Beteiligung an den Wahlen kann nur mit den Gewerkschaften geschehen. Dies trennt uns von den sogenannten Zentralstellen der Betriebsräte. Ferner sind für 122 000 Betriebe, die nur bis 5 Personen beschäftigen, Betriebsobmänner zu wählen. Der Betriebsobmann übt die

gleichen Rechte aus wie der Betriebsrat. 20 000 Betriebsräte und Obleute müssen auf Grund des Gesetzes gewählt werden. Die Wahl ist zu organisieren.

Die Betriebsräte müssen wir umformen zu Organen der Revolution. Wir sind für den entschiedensten Kampf gegen die rechtssozialistische Politik. Noske soll sich nicht einbilden, mit Revolvern und Flammenwerfern die fortschreitende Revolution abzuwenden. Und wir werden mit unserer Arbeiterschaft die Revolution weiterführen. Bei den bevorstehenden großen Kämpfen stehen wir auf dem Boden der alten Meister der Arbeiterschaft und wenden uns gegen „die neuen Meister“ der Gegenwart, die mit geborgten Waffen die Revolution dem Kapitalismus ausliefern. Der Kapitalismus wird überwunden durch die Tätigkeit der Arbeiterschaft. Die Betriebsräte müssen gezwungen werden, nicht nur die Tätigkeit auf dem Boden des Gesetzes auszuüben, sondern über dasselbe hinaus. Wenn der Betriebsrat auf der Höhe steht, dann wird das Interesse des Gemeinwohles berücksichtigt werden müssen. Arbeitern und Angestellten ist die Pflicht zugewiesen, in dieser Richtung tätig zu sein. Wir müssen aus dem Gesetz herausheben, was herauszuheben ist. Der Betriebsrat soll nicht der Antreiber, sondern ein Organ der Arbeiter sein.

Jäckel bespricht hierauf die Tätigkeit der Betriebsräte. — Er wendet sich gegen die Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung und den Zeitungsverbote zu. Die Interessen der Textilarbeiter würden durch die Zeitungsverbote maßlos geschädigt. Die Textilarbeiterchaft müsse dagegen entschiedenen Protest einlegen. Unliebsame Geschäftsführer unseres Verbandes habe man aus ihrem Tätigkeitsbereich ausgewiesen.

Jäckel bespricht die Wahlordnung und betont, daß Kompromisse mit anderen Organisationen nicht abgeschlossen werden dürften. Die christliche Organisation stehe den Betriebsräten feindlich gegenüber. Sie stände auf dem Boden der bürgerlichen Auffassung. Die Funktionäre müssen die Wahlen organisieren und in die Materie des Gesetzes eindringen. Es sei notwendig, daß alle tätigen Kollegen und Kolleginnen für die Wahlen eingespannt würden. Durch die Wahlen müsse ein großer Erfolg des Verbandes gebucht werden können, der weithin leuchte. Es sei deshalb notwendig, daß sofort in Konferenzen und Sitzungen und Versammlungen die Wahlen vorbereitet werden.

Eine eigene Kontrollstelle würde in der Zentrale errichtet werden. Die Betriebsräte können nur durch eine organische Eingliederung mit den Gewerkschaften tätig sein. Es sei irrig, daß durch das Räteystem die Gewerkschaften abgelöst würden. Es kann keine Ordnung aufgebaut werden ohne Mitwirkung der historisch gewordenen Organe. Es sei notwendig die Gewerkschaften zu befruchten mit dem Geiste der Revolution. Die heutigen Instanzen haben den Glauben an den Sozialismus, an ihrer eigenen Kraft verloren. Leher der Mißerfolg. Nicht Ausschaltung der Gewerkschaften, sondern mit denselben. Wir lassen nicht zerbrechen, was die gewaltige Masse des Proletariats geschaffen hat. (Lebhafte Beifall.)

Die Resolution Jäckel zu dem Referat wird hinreichend unterstützt und steht mit zur Debatte.

Herzmann-Blumenthal: Es wäre besser, daß nach diesem ausgezeichneten Referat niemand sprechen würde. (Gelächter.) Es sei aber nichts über den Aufbau der Räteorganisation gesagt. — Er verteidigt die Räteorganisation. Die Eingliederung der Betriebsräte in die Gewerkschaftsorganisation sei nicht zu begründen. Rückständige Elemente würden innerhalb des Verbandes im entgegengekehrten Sinne Jäckels die Dinge beeinflussen. Er wüßte deshalb selbständige Betriebsräte. Die revolutionäre Betriebsrätezentrale habe dies als richtig erkannt. Die Betriebsräte seien noch hilflose Kinder. In den Betrieben solle man die revolutionären Elemente herausuchen, ohne nach deren Organisationszugehörigkeit zu fragen. Die Augsburger habe man hervorgehoben, an die Blumenthaler Spartakisten habe man nicht gedacht. Die Betriebsräte müssen so viel Bewegungsfreiheit haben, daß sie revolutionär wirken können.

Lang-Langenbielau: Daß der Textilarbeiterverband als erster die Initiative ergriffen habe, einen Betriebsrätekongreß einzuberufen, sei ein Ruhmesblatt für unsere Organisation. Er stelle sich auf den Boden des Referats Jäckels. Er wüßte ebenfalls für den weiteren Ausbau der Betriebsräte. Es sei klar, daß man nicht sofort am Ziele stünde. Die Revolution sei noch lange nicht am Ende. Deshalb würde sich noch manches ändern. Er polemisiert gegen Herzmann. Es sei notwendig, die gesamte Kraft innerhalb der Organisationen zusammenzufassen.

Domich-Augsburg: Es müsse etwas geschaffen werden, damit man Kollegen, die nicht mehr im Einklang mit der Arbeiterschaft wirken, zurückzwingen kann. Ferner wüßte er die Frage auf, was werden solle in einem Betrieb, wo lauter Deserteure beschäftigt sind, da nach dem Gesetz Deserteure nicht wählen dürfen, noch wählbar sind.

Schöner-Delmenhorst: Er erhebe gegen den Ausdruck Jäckels, daß er die Politik der Rechtssozialisten verfluche, Widerspruch. Die Konsequenz wäre, die rechtssozialistischen Mitglieder aus der Organisation zu streichen, oder sie müßten austreten. Die politische Richtung soll uns nicht trennen. Er wünscht Einigkeit und keine Trennung. Das Vorgehen Jäckels führe nicht zur Einigkeit.

Söcker-Kentlingen: Der Kopf der Organisation sei der Geschäftsführer. Die Geschäftsführer müssen alles machen. Es sei deshalb nicht angebracht, sich gegen deren Anwesenheit zu wenden. Er stimme Jäckel vollkommen zu. Das Betriebsrätegesetz habe einen großen Mangel. In Halle sei die Brandkafel hineinzuworfen und das Betriebsrätegesetz anders zu gestalten.

2. Verhandlungstag.

Es wird ein Antrag gestellt auf namentliche Abstimmung über die Resolution Jäckel. Der Antrag wird genügend unterstützt.

Grafmann-Berlin (Vertreter des Gewerkschaftsbundes): Als angenehm empfinde er die Uebereinstimmung des Kongresses zu der Wahl. Der Bundesvorstand wird Richtlinien für die Wahl herausgeben. Er geht auf die Richtlinien des näheren ein. Es geht unter anderem aus denselben hervor, daß eine grundsätzliche Abweihung über politische Aufmachung der Wahl durch den Gewerkschaftsbund erfolgt ist. Die Arbeiter hätten sich diesen Grundrissen zu unterwerfen. Es dürfe nur die gewerkschaftliche und moralische Tätigkeit entscheiden. Er wolle es zurück, daß in großen Betrieben nur Textilarbeiter auf die Vorschlagslisten gesetzt würden. Es müsse eine

Verständigung mit den anderen Organisationen herbeigeführt werden.

Wenn etwas schief gehe in irgendeiner Vereinigung, dann würde der Vorstand dafür beschuldigt. Er weise die Vorwürfe gegen den Gewerkschaftsbund zurück, da sie beweislos seien. Wenn behauptet würde, daß der Gewerkschaftsbund eine sträfliche Nachlässigkeit begangen habe, so müsse er dieses bestreiten. In der Nationalversammlung habe nicht die Arbeiterschaft, sondern das Bürgertum die Mehrheit. Wir besitzen nicht eine sozialistische, sondern eine Koalitionsregierung. Diese sei ein Ausfluß der tatsächlichen Machtverhältnisse. Wenn das Gesetz abgelehnt worden wäre, dann wäre für die nächste Zeit eine neue Gesetzesvorlage nicht eingebracht worden. Es wäre nicht möglich — auch dann nicht, wenn ein neuer Reichstag gewählt wäre — ein besseres Gesetz zustande zu bringen. Diese Erwägungen hätten sie bestimmt, dem Gesetz zustimmen. In den Vorberatungskommissionen zu dem Gesetz hätten die Gewerkschaftler der verschiedensten Richtungen mitgearbeitet. Warum hat den Bundesvorstand niemand auf seine sträflichen Unterlassungen aufmerksam gemacht? Wo blieben die klugen Jungfrauen? Das beste Gesetz wird nichts nützen, wenn nicht durch die Arbeiterschaft der richtige Geist hineingetragen wird. Es sei nicht wahr, daß die Spitzen den Glauben an den Sozialismus verloren hätten. In dem Streben zum Endziel wären sie einig (Zuruf: Roske!); er habe nichts mit Roske zu tun. Es wäre auch, daß durch die vorgelegte Resolution scharfe Kritik an dem Gesetz geübt würde.

Reiß-Zillerthal übt Kritik an verschiedenen Bestimmungen des B.W.G., namentlich an der Bestimmung, daß die Oesterreicher in ihren Rechten geschmälert sind. Er wendet sich dann gegen die Reichswehr, die ihnen die Versammlungen gesprengt habe. Es wäre notwendig, daß Roske nach dieser Seite hin Ordnung schaffen würde.

Siefert-Werban wendet sich gegen die sozialistischen Regierungsvertreter. Diese verdienen nicht mehr den Namen Arbeitervertreter. Die Kritik, die geübt worden sei, sei deshalb voll berechtigt.

Wagner-Krumbach wendet sich gegen den Vorwurf, daß auf dem Kongreß zu viel Geschäftsführer anwesend seien. Die Anwesenheit der Geschäftsführer sei notwendig. Bei Aufstellung der Wahllisten dürfe die politische Gesinnung des einzelnen nicht beachtet werden.

Scholz-Landesgut: Der Kampf für die Erweiterungen der Rechte der Betriebsräte könne nicht allein vom Textilarbeiterverband geführt werden, sondern die gesamte Arbeiterschaft müsse diesen Kampf führen. Der Vorstand müsse deshalb den Bundesvorstand in dieser Richtung beeinflussen. Lehnte der Bundesvorstand ab, dann wäre die Bahn frei. Der Kampf müsse nach zwei Richtungen geführt werden: einmal gegen die Unternehmer, zum anderen gegen die Regierung. Der Kampf der Unternehmer wird ein einheitlicher sein, um das Gesetz wirkungslos zu gestalten. Die Regierung hat sich in den Dienst der Unternehmer gestellt. Die freie Meinungsäußerung, ein Grundrecht der Demokratie, wird von der Regierung unterdrückt. Der Kampf wird deshalb ein schwerer sein. In dem Gesetz sei kein Stieg vorhanden, die von der Arbeiterschaft geforderte Sozialisierung vorzubereiten.

Richter-Leipzig: Die Obleute der Betriebsräte sollen nicht allein mit dem Unternehmer verhandeln, sondern nur mit anderen Mitgliedern gemeinsam. Er übt an dem Gesetz scharfe Kritik. Es müsse versucht werden, die Wirtschaftskatastrophe seitens der Unternehmer statistisch nachzuweisen. Er sei Gegner für Kurse der Betriebsräte. Es sei notwendig, in erster Linie Sozialisten zu bilden. Er spricht sich scharf gegen Roske und dessen Regiment aus.

Krieger-Riegeln: In Schlesien existiere zum Teil noch die 8-Stündige Arbeitszeit. Er ist nicht dafür, daß nur Textilarbeiter gewählt würden und begründet seine Anschauung mit der Lage der Betriebe.

Jädel (Schlußwort) wendet sich gegen Grafmann. Er habe keine Argumente anführen können, die seinen Vorwurf gegen den Gewerkschaftsbund abschwächen. Der Gewerkschaftsbund soll eine führende Stellung einnehmen zu den verschiedenen Kräfte. Der Gewerkschaftsbund hätte jede führende Stellung bei Schaffung des B.W.G. vermissen lassen. Es wäre möglich gewesen, wenn die mehrheitssozialistische Partei und der Gewerkschaftsbund dies gewollt hätten, die bürgerlichen Parteien zu zwingen, weitergehende Zugeständnisse zu dem Betriebsrätegesetz zu machen. Jädel wendet sich gegen Schömer; zwischen der Arbeiterschaft gebe es keine Meinungsverschiedenheit. Die Arbeiterschaft stehe auf dem Boden der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Dies sei auch dort der Fall, wo die Arbeiter noch der mehrheitssozialdemokratischen Partei angehören. Eine Differenz gebe es nur in der Bureaucratie. Bezüglich des Achtstundentages weist er darauf hin, daß der sächsische Arbeitsminister Geld für die Verlängerung der Arbeitszeit und somit für die Beseitigung des Achtstundentages in aller Form eingekauft sei. Wir halten fest an dem Achtstundentag. Wir geben diese Errungenschaft der Revolution nicht preis. Wir treffen unser Urteil nach der Lage der Textilarbeiterschaft.

Es sind verschiedene Anträge eingegangen. Dr. Ring-Stuttgart erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 330 Delegierte anwesend, darunter 29 Geschäftsführer. Die Position der Arbeiter wird durch die Preisverbote und die Schutzbestände geschwächt gegen die Unternehmer. Wir fordern die Regierung auf, ihre Maßnahmen zurückzunehmen. Jädel wendet sich scharf gegen Herzmann. Dieser stelle seine Anträge als Angehöriger einer anderen Organisation. Herzmann sei nur zu unserem Verband übergetreten, um an dem Kongreß teilzunehmen. Die Zersplitterung der politischen Parteien sei bedauerlich. Auf eine Einigung derselben ist gegenwärtig nicht zu denken. Vielleicht vollziehe sich dieselbe noch über die Gewerkschaften. Der Gewerkschaftsbund sei ein Stützpunkt der bürgerlichen Parteien und sei durch den Krieg mit diesem verbunden.

Dr. Silberding-Berlin: Es ist nie schwieriger gewesen, als wie gegenwärtig über Wirtschaftspragen zu sprechen. Der Krieg hat alle früheren Verbindungen zerstört. Unter ganz neuen Voraussetzungen muß von neuem aufgebaut werden. Wir haben einen Niedergang der Produktion in allen Staaten Europas, die an dem Krieg beteiligt waren, zu verzeichnen, mit Ausnahme von Japan und Amerika. Einen Aufstieg in allen Staaten, die nicht beteiligt waren. Die chemische Industrie sei während des Krieges einer hohen Forderung entgegengeführt worden. Die Veränderungen der Weltwirtschaft werden zum Teil dauernder Art sein. Die Preise für Lebensmittel werden hoch bleiben. Es sei dies von ungeheurer Wichtigkeit für unsere Industrie. Die agrarische Entwicklung hat mit der Entwicklung der In-

dustrie nicht gleichen Schritt gehalten. Die agrarische Produktion ist zurückgeblieben, und wir sind zurückgeblieben infolge der Verluste durch den Krieg an Menschenleben.

Die deutsche, französische und englische Volkswirtschaft bezog Zinsen aus den Aktien der Eisenbahnen und Baumwollpflanzungen aus überseeischen Ländern. Dies hat aufgehört. Die Volkswirtschaft der kriegsführenden europäischen Staaten ist in vollkommene Unordnung geraten. In Deutschland hat sie ungeheure Dimensionen angenommen. Die Entwertung des Geldes ist die Folge davon. Das französische Geld ist auf die Hälfte und auch das englische Geld ist gesunken. In Deutschland wird dieser Zustand durch den Friedensvertrag von Versailles erklärlich. Der Verlust unserer Kohlengruben und Kaligebiete trifft uns wirtschaftlich ganz gewaltig. Sineu kommen noch die großen Zahlungsverpflichtungen an die feindlichen Länder. 20 Milliarden Gold sind sofort, 40 Millionen in den nächsten Jahren zu zahlen. Es belastet dies unsere Volkswirtschaft ungeheuer. — Silberding bespricht die Warenzirkulation und den Tauschwert der Waren, Wechselrecht und Staatschuldscheine. Wir hätten in der letzten Zeit die Notenausgabe ungeheuer vermehrt, ohne entsprechende Warenproduktion. Die Preisbildung steigt deshalb entsprechend der verminderten Warenmenge und bestimmt die Preiserhöhung. Vor dem Kriege waren 1 1/2 Milliarden Geld in Zirkulation, gegenwärtig 50 Milliarden. Solange der Staat die Ausgaben, die er zu machen hat, nicht durch Warenerzeugung deckt, solange wird die Teuerung fortschreiten.

Er bedauere, daß die Regierung eine konterrevolutionäre Politik unterjüht habe. Vor dem Kriege sei Deutschland schon ein Land mit niederen Arbeitslöhnen gewesen. Wenn unser Import größer ist als unser Export, so ist ganz klar, daß unsere Mark weiter sinkt. Unsere Mark habe im Ausland noch ein Zehntel, im Ausland noch ein Zwanzigstel Wert. Redner bespricht hierauf die Steuerpolitik, durch die das Land ungeheuer geschädigt worden sei. Die Steuerpolitik sei eine Folge der schlechten Politik. Es sei nichts getan worden, was im Interesse der Volkswirtschaft notwendig war. Die erste Ursache zur Geldentwertung war unsere verkehrte Steuerpolitik, die zweite, das Defizit in der Handelswirtschaft. Die Ausfuhr betrage etwa 10 Milliarden, während demgegenüber eine Einfuhr von 2—3 Milliarden stehe. Das Wichtigste sei die Steuerpolitik, da dieselbe volkswirtschaftliche Folgen habe. Den übermäßigen Luxus zu bändigen, sei Pflicht der Regierung. Durch Wegsteuerung der Vermögen sei der Luxus zu treffen. Die Handelsbeziehungen beginnen sich wieder zu verflechten. Die deutsche Volkswirtschaft wird Hilfe erhalten. Es sei ein Handelsabkommen mit Holland getätigt worden. Der Kohlenbergbau hätte sozialisiert werden müssen, solange die Arbeiterschaft die Macht dazu hatte. Mit dem Bergbau hätten wir den größten Teil der gesamten Volkswirtschaft in den Händen gehabt. Der Bergbau wäre hierdurch nicht zurückgegangen, sondern gefördert worden. Die Arbeitslust wäre gesteigert worden weil der Arbeiter der Ueberzeugung gewesen wäre, daß er nicht mehr für den Profit, sondern für das Allgemeinwohl gearbeitet hätte. Der Preis der Arbeitskraft sei mit den gesteigerten Lebensmittelpreisen in Einklang zu bringen. Der Anteil des Lohnes muß in dem Produkt sichergestellt werden. Hoher Lohn und kürzere Arbeitszeit würden keine Verteuerung der Produkte nach sich ziehen, weil die Produktivität hierdurch gesteigert würde. Die Vermehrung der Produktion muß zu Lasten des Profits gehoben werden. Die durch die Revolution überkommene Erbschaft seien wir nicht imstande gewesen zu behaupten. Die Idee des Sozialismus muß hochgehalten werden. Die Mißerfolge sind vorübergehender Natur. Die Sachen, die zum Sozialismus treiben, sind geblieben. Die Aufgaben, die uns hier gestellt werden, können nur durch die Arbeiterschaft als Klasse gelöst werden. Hier gebe es keinen Kompromiß. Die Ueberwindung des Kapitalismus wird geschehen durch den revolutionären Sozialismus (Lebhafter Beifall).

In der Diskussion sprach zunächst Strunz-Darmen: Die Frage, die uns beschäftigt, ist keine parteipolitische. Silberding hat durchaus im Sinne unserer Asten gesprochen. Würde der Sechstundentag im Bergbau durchgeführt werden, so wäre der Aufbau unserer Wirtschaft in Frage gestellt. Wenn die Bergarbeiter ihre Forderung durchsetzen würden, dann würden unsere Betriebe still stehen bleiben. Die Durchführung des Sozialismus in Deutschland allein sei nicht möglich.

Richter-Leipzig: Die Arbeitsintensität kann nur durch andere Mittel gesteigert werden, als die, die die gegenwärtige Regierung anwendet. Die Lust und Liebe zur Arbeit müsse sinken, weil die Regierung nicht die Interessen der Arbeiterschaft vertritt.

Dr. Janßen-Berlin: Die Frage der Rohstoffverjorgung sei außerordentlich wichtig. Es gelte, die Frage zu stellen: Für wen wollen wir arbeiten? Sozialisieren könne man nur dann, wenn etwas vorhanden sei.

Dr. Silberding (Schlußwort): Der schlechte Stand der Volkswirtschaft sei kein Grund zur Verhinderung der Sozialisierung. Die Volkswirtschaft würde ergebniger werden, wenn die Arbeiter für die Interessen des Gesamtwohls ihre Arbeit leisten würden, als gegenwärtig, wo sie für den Profit arbeiten. Für die Ablehnung der Sozialisierung seien nicht wirtschaftliche, sondern politische Gründe ausschlaggebend.

- Es wurden folgende Resolutionen angenommen:
1. Die schon in Nr. 10 (Lafki) abgedruckte Resolution.
 2. Als Kandidaten für die Betriebsräte in der Textilindustrie sind nur organisierte Textilarbeiter und -arbeiterinnen aufzustellen.
 3. Die Delegierten des Betriebsrätekongresses des Deutschen Textilarbeiterverbandes erleben schärfsten Protest gegen die Anerkennung der gelben wirtschaftlichen Vereinigungen als mit den freien Gewerkschaften gleichberechtigte Organisationen durch den Reichsarbeitsminister Schütte und erwarten, daß diese Verordnung unüberzüglich zurückgenommen wird.
 4. Der Betriebsrätekongreß protestiert gegen die zum Zwecke der Beseitigung des Achtstundentages von den Unternehmern unter Führung der Regierungen eingeleitete Aktion. Er erklärt in dem gelebten Achtstundentag die letzte noch unüberjährt erhaltene Errungenschaft der Revolution und lehnt jede Kenderung des bestehenden Zustandes ab.
 5. Der Betriebsrätekongreß des Deutschen Textilarbeiterverbandes erhebt Einspruch gegen die gewerkschaftliche Zersplitterung der organisierten Textilarbeiterschaft durch die Beeinträchtigung der Organisation des Besetzungszustandes in zahlreichen Textilgebieten Deutschlands. Er erklärt in den rigorosen Verböten zahlreicher von den gewerkschaftlich organisierten Textilarbeitern als ihre Or-

gane betrachteten Zeitungen und in der Verhängung der Schutzhaft über Arbeiterführer einen durch nichts gerechtfertigten, die Unternehmerstellung gegenüber den Arbeitern stärkenden Akt der Staatsgewalt. Die 400 Delegierten des Kongresses fächern für die Arbeiterschaft gleiche Bewegungsfreiheit in Presse und Versammlungen, wie sie den anderen Volksschichten gewährt wird.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde der Kongreß geschlossen.

Gaukonferenz für den Gau Lörrach.

Der Gau Lörrach hatte am Sonnabend, den 28. Februar, in Stuttgart eine außerordentliche Gaukonferenz. Kollege Gauleiter Glanzmann gab über seine Tätigkeit einen gedrängten Bericht. Die Tätigkeit desselben war als eine recht erprießliche zu bezeichnen. Zur Frage der Verschmelzung des Gaues Lörrach mit Stuttgart war er der Meinung, daß dies im Interesse des Verbandes wohl notwendig sei, jedoch infolge der Wohnungsnot gegenwärtig nicht möglich wäre. Diese Auffassung deckte auch der Gauvorstand des Gaues. Da aber Glanzmann allein nicht mehr in der Lage sei, die Arbeiten dem Gauvorstandes zu betreiben und bei der Zentrale die Anstellung einer Hilfskraft für den Gau beantragen. Nach einer ausgiebigen Debatte, an der sich u. a. auch Kollege Feinhals als Vertreter des Zentralvorstandes beteiligte, wurde die Zusammenlegung der beiden Gaus Stuttgart und Lörrach beschlossen. Stuttgart wird der zukünftige Sitz des Gaues sein. Die Durchführung des Beschlusses wird den beiden Gauvorständen überlassen.

Zur Beitragsfrage wird beschlossen, einheitliche Beiträge und einheitliche Lokalaufschläge durchzuführen. Der niedrigste Beitrag soll 1,50 Mk. (mit Lokalaufschlag 1,80 Mk.) betragen. Ein Beschluß wird nicht herbeigeführt, da die Gaus Bagnern, Baden und Württemberg zu einer gemeinschaftlichen Konferenz zusammentreten, auf der dann für alle drei Gaus ein einheitlicher Beschluß herbeigeführt werden soll. Betont werden muß, daß alle Vertreter von der Notwendigkeit höherer Beitragsleistung sowie auch der Durchführung einheitlicher Beiträge überzeugt waren.

Rus der Textilindustrie.

Krefelder Baumwoll-Spinnerei Aktiengesellschaft. Dem Geschäftsbericht für das Jahr 1919 entnehmen wir: „Das Rechnungsjahr 1919 stand noch ganz unter dem Einflusse des Waffenstillstandes, da die Ratifizierung des endgültigen Friedens bis zum Schlusse des Jahres 1919 nicht erfolgt war. Die allgemeine Not an Rohstoffen trat immer stärker in die Erscheinung und führte zu einer bisher nicht gekannten Höhe der Preise. Aber auch in den Ursprungsländern sind die Preise infolge der starken Nachfrage der ganzen Welt gewaltig gestiegen. Verschärft wurde dieser Zustand für uns durch den immer schlechter werdenden Stand unserer Wälu. Als Grund hierfür muß das schwindende Vertrauen des Auslandes in die Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse angesehen werden. Die sich aus diesen Verhältnissen naturgemäß ergebende Verteuerung aller Lebensbedürfnisse führte seitens der Arbeitnehmer zu fortwährend höhergehenden Lohnforderungen. Diese und die gleichzeitige Verkürzung der Arbeitszeit haben die Herstellungskosten der Garne immer weiter in die Höhe getrieben. Dazu kommt noch als besonders schlimmer Umstand die stets größer werdende Kohlennot, die es nicht zuließ, den Betrieb in der erreichten Höhe von 40 Prozent des Vorkriegsstandes durchzuführen. So stehen wir am Schlusse des Jahres vor einer sehr unsicheren Zukunft, die uns Veranlassung gab, bei der Verwertung der Vorräte ganz besondere Vorsicht walten zu lassen. Das zufriedenstellende Ergebnis ist in erster Linie dem Rückhalt, den wir an unseren Schweizer Baumwollvorräten hatten, zu danken. Diese sind in der zweiten Hälfte des Jahres hereingekommen. Wir haben für unseren stark eingeschränkten Spinnereibetrieb für etwa 6 Monate Aufträge und sind entsprechend mit Hochbaumwolle gedeckt. Wie sich der Betrieb unserer Spinnerei im kommenden Jahre gestalten wird, hängt ganz von der Frage der Kohlenbeschaffung ab, und damit steht es zunächst noch sehr unsicher aus. Wenn die Kohlenförderung im kommenden Jahre einigermaßen wieder in normale Bahnen kommt, und die Industrie vermehrt arbeiten und exportieren kann, so wird auch eine Besserung unserer Wälu nicht ausbleiben und damit eine allmähliche Gesundung unserer so schwer daniederliegenden wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten. — Laut Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich der Rohgewinn auf 3 081 797 Mk. Nach Abzug der allgemeinen Unkosten mit 2 251 411 Mk., Anleihezinsen 25 800 Mk., des Kursverlustes auf Kriegsanleihe 68 800 Mk. und Abschreibungen in Höhe von 237 347 Mk. verbleiben 498 489 Mk., die wie folgt verteilt werden sollen: Ueberweisung an die gleichliche Rücklage 24 921 Mk., 4 Proz. Gewinnanteil auf das Aktienkapital 64 000 Mk., Gewinnanteile des Vorstandes usw. 135 450 Mk., Zurechnung an die Allgemeine Unterstützungskasse 88 352 Mk. Aus dem Rest von 185 713 Mk., der sich durch den Gewinnvortrag aus 1918 auf 264 417 Mk. erhöht, soll ein weiterer 10prozentiger Zusatzgewinnanteil auf das Aktienkapital verteilt und der verbleibende Rest von 8417 Mk. auf neue Rechnung vorgebracht werden.“

Wo die Textilwaren sind. Textilwaren sind so teuer, daß sehr viele arme Familien die notwendigsten Gegenstände nicht kaufen können. Es fehlt an Strümpfen, Unterhosen, Socken, Wäsche, Stoffen usw. Man soll aber nicht glauben, daß Deutschland bereits völlig entblößt ist von solchen Waren. In Leipzig zum Beispiel unterhält noch der „Leipziger Volkszeitung“ die Textil-Rohstoffversorgungsgesellschaft ein großes Lager. Sie hat aufgeschafft: 500 000 Paar Herrensocken, 50 000 Stück Herrenhemden, gebrauchte Militärhemden, ebensoviel Stück Herrenunterhosen, Militärbettwäsche für circa 30 000 Betten, Militärschlafdecken circa 20 000 Stück, Drillanzüge circa 30 000 Stück, Legarettanzüge circa 25 000 Stück. Im Keller lagern 1 500 000 Meter Herren- und Damenstoffe prima Qualität, circa 150 000 Meter Herren- und Damenstoffe prima Qualität, circa 75 000 Stück neue Schlafdecken, prima Qualität. Diese Rohlen sind niedrig angegeben. Das Lager wird durch täglich einlaufende Waggonsladungen vergrößert. Die Militärsachen sollen von Garnison- und Lagerverwaltungen billig gekauft sein. Durch den Zwischenhandel und das Transportieren von einem Ort zum anderen und durch lange Lager werden diese Sachen verteuert. Ein Teil der Sachen scheint russischen Ursprungs zu sein, denn die russi-

schon Zeichen werden durch deutsche ersetzt. Wo bleiben die Waren? Werden sie an die ärmsten Kreise der Bevölkerung abgegeben? Bisher ist davon nichts zu merken gewesen. Nicht ihre Aufpeicherung, sondern ihre Verteilung an die Bedürftigen ist notwendig.

Aus den Gewerkschaften.

Heinrich Wentker gestorben.

Der langjährige Hauptkassierer des Verbandes der Maler, Heinrich Wentker, ist am 27. Februar, 59 Jahre alt, plötzlich und unerwartet aus seiner Tätigkeit gerissen worden. Nach Beendigung einer Vorstandssitzung, in der er tief einschneidende Pläne über eine Reform des Beitrags- und Unterstützungswezens seiner Organisation entwarf, die einer zwei Tage später abgehaltenen Sitzung seines Verbandsrates unterbreitet wurden, wollte er eine geschäftliche Besorgung machen, von der er nicht zurückkehrte. Unterwegs von einem Schlaganfall heimgeführt, starb er wenige Stunden danach.

Ein tragisches Zusammentreffen ist es, daß Wentker am gleichen Tage verschied, an dem sechs Jahre früher der damalige Vorsitzende des Malerverbandes, Töbler, auf gleich plötzliche Art verstarb, mit dem er nahezu 20 Jahre hindurch zusammen gewirkt hatte.

Soziale Rundschau.

Der notwendige Lebensunterhalt.

In Nr. 10 veröffentlichten wir darüber eine uns zugefandte Aufstellung aus Obergroßlig bei Greiz. Sie ist in mehrfacher Hinsicht für uns in der Reichshauptstadt interessant. Zunächst, weil sie uns zeigt, daß dort die Brot- und Kartoffelration noch größer ist als bei uns in Berlin; wir bekommen nicht 5 Pfund Brot und 1/2 Pfund Roggenbrot und 5 Pfund Kartoffeln. Und dann die Preise: 1 Pfund Brot 56 Pf., 1 Pfund Kartoffeln 15 Pf. Wir brauchen für die rationierten Lebensmittel erheblich mehr, obwohl die Rationen kleiner sind. Und weil sie so klein sind, müssen wir mehr freihändig kaufen, was noch teurer ist. Wir würden nicht mit einer Monatsausgabe von 1331 Mk. für eine fünfköpfige Familie auskommen, wenn wir nicht erheblich weniger Einkommen hätten. Das wird freilich auch bei unseren Kollegen in und um Greiz der Fall sein; sie wollten wohl auch nur zeigen, was man, um sich gesund und arbeitsfähig zu erhalten, verbrauchen müßte und verbrauchen würde, wenn man das dazu nötige Geld hätte. — Die Aufstellung legt aber auch Zeugnis ab von dem hohen Kulturstande der Bevölkerung in und um Greiz. Es verbraucht dort eine fünfköpfige Familie pro Jahr für 400 Mk. Seife und sonstige Waschmittel, für 100 Mk. Putzmittel für Schuhe, Dosen und dergleichen, für 300 Mk. Würtzen aller Art und Feuerzeug. Es geht ja nichts über Sauberkeit und Keilichkeit. Doch scheinen uns diese Tugenden im älteren Neupfandlande etwas übertrieben zu werden. Muß man denn z. B. immer nur so darauf losbürsten, wenn man schon die Erfahrung gemacht hat, daß die Bürste sich so leicht abnutzt?

Die 48-Stundenwoche in Bayern.

Eine Bekanntmachung sämtlicher Staatsministerien ordnet die volle 48stündige Arbeitswoche für alle staatlichen Behörden und Ämterstellen ohne Ausnahme an.

Berichte aus Fachkreisen.

Barmen. Unser Verband hielt am Sonntag, den 29. Februar, in der „Borussia“ seine erste Vertretergeneralversammlung ab. Die Tagesordnung war: 1. Kassenericht vom 4. Quartal, 2. Jahresbericht, 3. Beitragserhöhung, 4. Wahl der Delegierten zur Konferenz am 13. März in Düsseldorf. Zu Punkt 1 gab der Kollege Schäfner im Anschluß an ein gedrucktes Kassenericht, welches vorlag, über die Einnahmen und Ausgaben unserer Zahlstelle vom 4. Quartal 1919. Im Anschluß daran berichteten die Revisoren, daß sich die Kasse in gutem Stande befunden hätte und sie deshalb Entlastung für den Kassierer beantragten, welche auch einstimmig von der Versammlung erteilt wurde. — Zum 2. Punkt referierte Kollege Wehner über die Bewegung im Geschäftsjahr 1919. Eingang seiner Darlegungen führte er aus, daß wohl das Jahr 1919 einzig in der Geschichte unserer Zahlstelle, wie auch überhaupt in der Geschichte der gesamten Arbeiterbewegung dastehen dürfte. Nie zuvor sind erlebte worden, und ist die Bewältigung derselben nur dadurch möglich gewesen, daß Verwaltung und Funktionäre ihre ganze Kraft eingesetzt und vertrauensvoll zusammen gearbeitet haben. Schon aus dem Bericht über die Verhandlungen allein geht die Fülle der Arbeiten hervor. Gaben doch im Jahre 1919 im ganzen 946 Versammlungen, Verhandlungen, Sitzungen usw. stattgefunden, mit einer Gesamtteilnehmerzahl von 63 221 Personen. An Flugblätter sind herausgegeben worden 45 000, ohne die Masse der Laufzettel, welche auf dem Bureau hergestellt worden sind. Tarifbewegungen waren vier, und zwar im Dezember, Februar, Mai und November. Der letzte Tarif steigerte sich gegen den ersten um 218 Proz. Die Steigerung des Durchschnittslohnes erhöhte sich um rund 400 Proz. Bemüht man den Lohn nach dem Wert der Waren, so ergibt sich daraus, daß der jetzige, tatsächlich verdiente Lohn nur ein Drittel der Kaufkraft besitzt, wie der vor dem Kriege erreichte Friedenslohn. Daraus ergeben sich für den Verband noch große Aufgaben, die gelöst werden müssen, damit die Einkommensverhältnisse der Kollegen und Kolleginnen sich wenigstens so gestalten, daß sie sich das zum Leben absolut Notwendige auch wirklich beschaffen können. Das kann aber nur durch immer festeren Zusammenschluß in der Organisation geschehen. Erfreulicherweise zeigt sich das ja auch schon in der Mitgliederbewegung. Ist doch die Mitgliederzahl vor der Revolution bis heute rund um das Zwanzigfache gestiegen. Bis zur Stunde beträgt die Mitgliederzahl 13 289, davon männlich 7644, weiblich 5645. Aber auch noch andere Aufgaben müssen erledigt werden. Müssen sind die Wahlen zu den Betriebsräten. Erfüllt auch das Betriebsrätegesetz nicht annähernd unsere Erwartungen, so gebietet doch schon die Klugheit, uns trotzdem an den Wahlen zu beteiligen, und zwar ganz intensiv zu beteiligen. Ausschaltung würde Negation bedeuten, und das wäre das Unklügste, welches wir begehen könnten. Nur durch entschiedenste Anstrengung der Klassenbewußten Arbeiterschaft kann wenigstens in etwas aus dem Geseh eine, wenn auch schwache Interessensvertretung der Arbeiterschaft gemacht werden. Daß sich uns bei der Durchführung unserer Auslegung gewaltige Widerstände entgegenstemmen werden, muß uns bewußt sein, darf uns aber in keiner Weise davon abhalten, den Betriebsräten Rechte zu verschaffen, die weit über die im Gesetz niedergelegten hinausgehen. Besonders bei den Wahlen wird die Mitwirkung und regste Aufmerksamkeit aller unserer Funktionäre und Mitglieder erforderlich sein, damit unsere Listen überall durchgebracht werden. — Sodann wies Referent darauf hin, daß man von reaktionärer Seite sowie von den gesamten Arbeitgeberverbänden bald einen Sturm gegen den Achtstundentag zu gewärtigen hat. Auch diesen Sturm gilt es unter allen Umständen und mit fester Entschiedenheit abzuwehren. Schon in fast allen Tarifverhandlungen hat es sich gezeigt,

welch großen Wert die Arbeitgeberverbände auf die Verlängerung der Arbeitszeit legen. Der Achtstundentag als das einzige und letzte, was uns von der Revolution noch übriggeblieben ist, muß und soll uns unter allen Umständen erhalten bleiben. Ein Kompromiß kann es hier nicht geben. Bezeichnend ist, daß diese Bestrebungen der Kapitalisten selbst von rechtskonservativen Ministern noch unterstützt werden. — Im Anschluß daran gab Kollege Schäfner den Kassenericht und den Bericht über die Mitgliederbewegung. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug im Jahre 1919 302 428,80 Mk. Davon wurden in bar abgefanbt 211 505,66 Mk. Auf Rechnung der Hauptkasse wurden für Kranken- und Arbeitslosenunterstützungen, Gehälter, besondere Verwaltungsunkosten im Orte verausgabt 90 923,14 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse betrug im Jahre 1919 117 810,58 Mk., die Ausgabe betrug 86 329,26 Mk., mithin betrug der Lokalkassenbestand am 31. Dezember 1919 31 481,32 Mk. Der Lokalkassenbestand am 1. Januar 1919 betrug 883,46 Mk. Am 31. Dezember 1918 waren Mitglieder vorhanden: 1298 männliche, 630 weibliche, zusammen 1928. Am 31. Dezember 1919 betrug die Gesamtmitgliederzahl 12 462, davon männliche 7118, weibliche 5349, also eine Zunahme von 10 534 Mitgliedern im Jahre 1919. — Sodann berichtete Referent noch über die Mitgliederbewegung in den einzelnen Quartalen. Im Anschluß an den Kassenericht machte er noch aufmerksam auf die Notwendigkeit der am 1. April 1920 in Kraft tretenden Beitragserhöhung. Beitrag und Zentralvorstand haben die neuen Beiträge beschloffen, von der Voraussetzung ausgehend, daß die nächste Zeit uns harte Kämpfe bringe, daß aber, wenn alles im wirtschaftlichen Leben rapide steigt, der Verband von diesen Preissteigerungen natürlich nicht verschont bleibt. Die Plauener Generalversammlung im Juli 1919 hat beschlossen, einen Stundenlohn als Beitrag an den Verband abzugeben. Dieser Beschluß ist bis jetzt noch nicht durchgeführt worden, wird praktisch auch jetzt noch nicht trotz der enormen Erhöhung durchgeführt, weil doch die Löhne ab 15. März allgemein wieder erhöht werden müssen. Die Beiträge für unsere Ortsgruppe betragen inklusive Lokalschlag für alle Mitglieder bis zu 18 Jahren 1,50 Mk., für alle weiblichen über 18 Jahre 2,50 Mk., für alle männlichen über 18 Jahre 3,50 Mk. Redner wies noch an Hand von Beispielen die absolute Notwendigkeit dieser neuen Beitragserhöhung nach und führte aus, daß auch dieser Beitrag gegenüber dem Friedensbeitrag, nur im Lohne gerechnet, noch minimal wäre. — Die Diskussion war er: lebhaft, doch bewegte sich dieselbe durchweg im Sinne der beiden Referenten. Alle Redner waren sich darin einig, daß die Organisation immer mehr gestärkt und dadurch schlagkräftig gemacht werden müsse. Der Achtstundentag müßte unter allen Umständen mit allen Mitteln hochgehalten werden. Auch zur Beitragserhöhung herrschte Einstimmigkeit darüber, daß dieselbe absolut unumgänglich wäre, weil zum Kampfführen nicht nur gute Wille und derbe Worte, sondern vor allen Dingen auch Finanzen gehören. Die Beitragserhöhung wurde daraufhin auch einstimmig angenommen. — In seinem Schlußwort forderte Kollege Wehner noch einmal alle Vertreter zu reger Mitarbeit auf, besonders zu den jetzigen Betriebsratswahlen. Von der Zusammenziehung der Betriebsräte hängt es nämlich ab, welcher Geist in die Betriebe einzieht. Nicht nur Lohnbewegung und Tarifabschlüsse können die Hauptaufgaben der Organisation sein, sondern dieselbe hat auch noch ganz andere Aufgaben zu erfüllen. Die Organisation soll ein Instrument des entschiedensten Klassenkampfes und Schriftmächer für den Sozialismus sein. Wenn sie es nicht ist, muß sie dazu gemacht werden. Dazu sollen die Betriebsräte das stärkste Werkzeug sein. Also alle Kollegen müssen voll und ganz bei den Wahlen auf dem Plane sein, damit unsere Organisation überall in den Betriebsräten ausschlaggebend wird. — Zum Schluß erfolgte die Wahl von 10 Delegierten zur Konferenz in Düsseldorf. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen des Kollegen vom Scheidtschloß derselbe die von gutem Geist getragene Generalversammlung um 1 1/2 Uhr.

Bahrenth. Am 22. Februar fand in der „Zentralhalle“ unsere Generalversammlung statt. Nach üblicher Eröffnung der verstorbenen Mitglieder nahm Geschäftsführer Kaiser das Wort zu dem Bericht über seine Tätigkeit seit seiner Anstellung. Auf die Gründung der Filiale vor 22 Jahren hinweisend, zeigte er, daß sie erst zu rechter Entwicklung kommen konnte, als Lohnbrücker, riesenhafte Gewinne der Unternehmer, Knappheit der Nahrungsmittel und Verbrauchsartikel verbunden mit Wucherpreisen, das Eis gebrochen hatten und die Organisationsgedanken zur Reife brachten. Und so buchte die Filiale schon im Januar 1919 446 Mitglieder, nachdem sie im Jahre 1916 ihren tiefsten Stand von 16 Mitgliedern erreicht hatte. Es machte sich daher schon im März die Anstellung eines Geschäftsführers notwendig. Der Posten wird seit Juni von dem Kollegen Kaiser ausgefüllt. Die Arbeiten der Verwaltung wurden in zwei Generalversammlungen, 5 Mitglieder-, 8 Versammlungen für die Untergruppe Weisser, 14 Verwaltungs-, 12 Betriebsrats- und acht sonstigen Sitzungen sowie 11 Betriebsversammlungen erledigt. Ferner nahm man an 10 Tarifverhandlungen teil. Persönliche Vorstellungen bzw. Verhandlungen mit den Unternehmern sind 11 zu verzeichnen. Der schriftliche Verkehr wies ab 1. Juni 95 Ein- und 232 Ausgänge auf. Die Einnahmen betragen insgesamt 53 000,27 Mk., die Ausgaben 48 564,83 Mk., davon an die Hauptkasse gefandt 30 174,19 Mk., verbleibt ein Kassenerbestand von 4435,44 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Quartals 1918 448 und erreichte am Schluß des 4. Quartals 1919 2077. Die Versammlung nahm den Bericht mit Befriedigung entgegen. Die Wahlen für die Verwaltung gingen nach sachlicher Auseinandersetzung glatt vonstatten. Nach der Wahl sprach der als Gast anwesende Kollege Goller-Helmreichs über das Betriebsrätegesetz bzw. über die Wahlen nach ihm. Der Vorsitzende Engelbrecht sprach über die Erwerbslosenfrage bzw. Unterstützung und die Stellungnahme der Organisation dazu. Zu letzterem Vortrag wurde eine Resolution angenommen, an die betreffenden Instanzen die Forderung zu richten, die Unterstützungen den veränderten Verhältnissen entsprechend zu erhöhen. Unter „Verschiedenes“ hielt Kollegin Puruck eine kernige Ansprache, die mit Beifall aufgenommen wurde. Ferner wurde ein Kollege zur Betriebsrätekonferenz in Stuttgart delegiert.

Briefkasten.

Fr., Wertheimer bei Herrenhut i. Sa. Wir könnten Ihnen empfehlen: Reichsversicherungsgesellschaft, 30 Pf., Verlag Buchhandlung „Volkstimme“, Magdeburg, Große Müngstr. 3. Im übrigen: Ihre Frau bleibt Mitglied, solange sie die Beiträge zahlt. Wenn die Krankenhilfe vorläufig aufhört, müssen Sie selber den Arzt bezahlen.

Bekanntmachungen.

Vorstand. Sonntag, den 14. März, ist der 11. Wochenbeitrag fällig. Geschäftsführer- u. Hilfsarbeiter-gesund. Für die Filialen Neustadt (D.-Schles.), Reulendorf (H.), Rheine i. Westf., Frankenberg wird je ein Geschäftsführer, für die Filialen Augsburg, Plauen i. B. und Thalheim i. Erzgeb. je ein Hilfsarbeiter, für die Filiale M.-Glad-

unter Beifügung eines Auftrages über die Ausgaben eines Geschäftsführers bzw. Hilfsarbeiters an die Adresse: Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Berlin D. 27, Magazinstraße 6/7, möglichst bis zum 27. März d. J. einzureichen. Zeugnisse und dergleichen sind nur in Abschriften beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben und seit wann in her angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Mitgliedschaft und volle Beitragsleistung. Angabe über die politische Organisationszugehörigkeit ist erforderlich. Gehalt nach den Beschlüssen der Beirats-sitzung vom 25. und 26. Januar 1920. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer des Probejahres besteht eine vierwöchige Kündigung. Der Vorstand.

- Adressenänderungen. Gau Hannover. Elmshorn. V: Hermann Niels, Peterstr. 41. Gau Rassel. Eilrich a. Harz. (Neu.) B: Heinrich Jakob, Par-tungstraße 23. Gladbach. V: Georg Schneider II. Erd-hause n. Post Gladbach, Kr. Viedenkopf. K: Josef Dörr, Lohra. Gau Vörrach. Grenzsch. V: Fridolin Jäggi, Grenzsch. Horn. Gau Stuttgart. Badnang. Der Vorsitzende ist zu streichen. Alle Sendungen an den Kassierer R. Schaber, Sulzbacher Str. 53. Gau Augsburg. Gli-n-fels, Post Neukon in D.-Fr. (Neu.) V: Erhardt Rögner, Nr. 91 a. K: Josef Fichtner, Nr. 230. Gau Cera. Pouch. V: Minna Kleine, Lübenstr. 8. Gau Dresden. Hohenstein a. G. K und Geschäftsführer Emil Weiß, Neumarkt. Restau-rant Poppik. Kirchsau. V: August Midau, Kleinpost-witz bei Kirchau, Bz. Dresden. Wittgensdorf. V: Karl Fleischer, Nr. 122. Gau Berlin. Callies. (Neu.) V: Hermann Hinz, Wilhelm-strasse 211. K: Franz Döbereich, Sandweg-Vorstadt 289. Num-melsburg. K: Julius Gold-schmidt, Langestr. 10. Betjchau. V: Emil Leonhardt, Schne-beag bei Betjchau, Spreewal-dstraße 39.

- Ortsverwaltungen. Köln. Das Mitgliedsbuch des Kollegen Ritter, Stammmum-mer 417 489, geb. 1. Febr. 1878 in Mauerminster (St.), einge-treten am 23. März 1908 in Er-berich, ist verloren gegangen. Man bittet, dasselbe bei etwaigem Auftauchen festzuhalten und an das Bureau des Deutschen Texti-larbeiterverbandes, Köln, Severin-str. 197/199, einzusenden. Neulingen. Die Stelle eines Hilfsarbeiters der Filiale Neu-lingen ist besetzt. Allen Bemeh-bern besten Dank!

- Totenliste. Gestorbene Mitglieder. Nagen. Christian Purgdörfer, Weber, 72 J., Lungenentzün-dung. Berlin. Berta Klingberg, Ar-beiterin, 21 J., Grippe. Gustav Lehmann, Bügler, 58 J., Wassersucht. Brand. Johann Flügel, 47 J., Lungenentzündung. Breslau. Max Nowak, Spinnerei-arbeiter, 18 J., Grippe. Berta Gande, Wälerin, 22 J., Herz-schwäche. Zusammenkünfte. Mitglieder-Versammlungen. Berlin. Dekatore, Preßer, Sei-dendorfpfeifer. Sonnabend, 20. März, Stadtschreiberstr. 39. Pönned. Freitag, 12. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Vereins-garten“. Schlotheim. Donnerstag, 18. März, in den „Drei Rosen“. Wittfard. (Doffe). Sonnabend, 20. März, bei Löbmann, Prißwaller Vorst. Ehre ihrem Andenken!

Zentralstelle für Betriebsräte.

Wir suchen zum sofortigen Antritt zwei Kollegen oder Kolleginnen für unsere Verbandszentrale der Betriebsräte. Es wird auf beste Kräfte reflektiert. Nur solche Kollegen oder Kolleginnen, welche in der sozialistischen Lite-ratur bewandert sind und die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen, wollen sich melden. Ge-halt nach den Beschlüssen der letzten Beirats-sitzung. Bewer-bungen müssen bis spätestens den 20. März mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und der politischen Parteilichung beim Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Berlin D. 27, Magazinstr. 6-7, eingegangen sein.

Das Protokoll der Generalversammlung in Plauen i. B.

ist erschienen und zum Preise von 1 Mark bei den Orts-verwaltungen unseres Verbandes zu haben. Der Vorstand. Redaktionsklub für die nächste Nummer Sonnabend, den 13. März. Verlag: Karl Hübsch in Balleberg-Alt-Ottendorf. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Preuß in Plauen i. B. für alles andere Paul Wagener in Berlin. — Druck: Bornhörs Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Einger u. Co. in Berlin.

Geleiene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.

Betriebsräte in der Textilindustrie Augsburgs.

Wir leben in einer schnelllebenden Zeit. Es gibt so viel tiefes und unwalzendes Geschehen, zusammengedrängt auf kleine Zeitspannen, daß es wirklich nötig wäre, Dinge, die bloß kurze Zeit zurückliegen, historisch zu werten. Eines dieser Dinge ist der Betriebsrat. Wie rasch war da die Entwicklung, welche Umwälzungen erlitten die Anschauungen über diese so viel verpönten und so viel und so heiß ersehnten Betriebsräte! Man kann die Anhänger der Betriebsräte in zwei Klassen teilen: die einen wollen fort- und aufbauen auf den früheren Arbeiterausschüssen, die andern negieren diese Entwicklung ganz oder nur teilweise und knüpfen an die Ideen der Revolution an. Die erste Richtung, das muß man offen aussprechen, ist die gegenwärtig in Deutschland herrschende. Dieser ist auch das neue Betriebsrätegesetz zu verdanken.

In Augsburgs Textilindustrie faßten die Betriebsräte 1919 festen Boden. Die ungeheure Umwälzung hatte der Organisation großen Mitgliederzuwachs gebracht, das Selbstbewußtsein der freigewählten Kollegen war gestiegen, die „gelben Werkvereine“ wurden von ihren Vorständen freiwillig aufgelöst und überall suchten die Unternehmer Anschluss an die Organisation. Alte, in zermürbender Kleinarbeit grau gewordene Kollegen sahen plötzlich sich selbst an der Spitze einer großen Armee, die auf jede Parole parierte. Das wußten auch die Unternehmer. Neue Arbeiterausschüsse wurden gewählt, ohne die Christen; und es gab Zeiten, wo unter den neuen Mitgliedern sich ein Radikalismus breit machte, der die alten, die mehr Einblick in das eiserne Geschehen der Wirtschaft hatten, beunruhigte. Es kam die Räterepublik. Tausende arbeiteten an einer raschen Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische auf Grund des Kätegedankens. Und die Lösung: Alle Macht im Wirtschaftsleben den Betriebsräten wurde versucht zur Wirklichkeit zu machen. Es war ein gigantischer Versuch, aber er blieb ein Versuch. Die Vollzugsgewalt der Betriebsräte kam nirgends zur vollen Durchführung. Die Arbeiter merkten plötzlich mit abbrechender Deutlichkeit, daß ihnen alles fehlte, was nötig gewesen wäre, den Unternehmern die wirtschaftliche Leitung zu entwenden. Bildung, mehr Bildung war dann die Lösung, und dieser Ruf ist bis heute noch nicht verstummt.

In einer Versammlung von Vertrauensleuten der Textilindustrie im Café Maximilian während der Räteregierung hielt Kollege Domisch einen Vortrag über die Vollzugsgewalt der Betriebsräte. Seine Gedankengänge veranlaßten einen Antrag aus der Mitte der Versammlung (er stammte vom Verfasser dieses), für alle Augsburger Betriebe einen Vollzugsrat der Augsburger Textilindustrie einzusetzen. Es wurde jedem einzelnen Betrieb überlassen, den Vertreter später zu ernennen. Der Antrag wurde angenommen. Aber erst Wochen danach war es dem Antragsteller möglich, zur Konstituierung des Vollzugsrats die Kollegen in der Gesellschaftsbrauerei zusammen zu bekommen. Allerdings waren inzwischen bedeutende Ereignisse vor sich gegangen. Die Räterepublik war abgeschafft, alle ihre Verordnungen außer Kraft gesetzt, und nur eines war geblieben, die Erinnerung und der feste Wille, sich in jähem Ringen die bisherigen Rechte zu erhalten und neue dazu zu erkämpfen. Es wurde beschlossen, jede Woche eine Sitzung abzuhalten, ein Vollzugsrat wurde als Ausschuss eingesetzt und ein Vorsitzender bestimmt. Der Kollege Domisch wird vielfach angefeindet, aber eines muß ihm der Reiz lassen: er ist ein tüchtiger Vorsitzender gewesen bis heute, und als er am 20. Februar 1920 in einer Versammlung der Betriebsräte berichtete, da sah man, daß die hier und da vorhandenen Differenzen nichts mit seiner Tätigkeit als Obmann der Betriebsräte zu tun haben. — Nach einer Gründung des Vollzugsrates fanden bald Neuwahlen auf Grund der Verfügung der Regierung Hoffmann statt, die die Unternehmer als die 10 Gebote Hoffmanns zu bezeichnen beliebten. Die Christlichen erwachten bei diesen Wahlen aus ihrem Scheintodzustand, in den sie die Revolution verjagt hatte, und beteiligten sich auch an den Wahlen. Es sind bloß bedeutungslose Minderheiten, die in die Betriebsräte eindringen konnten. Die Terrorisuskampagne der Christen, die mit dem Einzug der Regierungstruppen in Bayern eingesetzt hatte, brachte den paar christlichen Betriebsräten nichts. Im Gegenteil mußten die Christen die Arbeit ihrer Sekretäre oft abweisen, in der Zeitung mitgeteilte Terrorisuskfälle als unwahr erklären. Allmählich hörte man von dieser Seite auf, an das Gewissen der Demokratie zu appellieren.

Die Verordnung des Ministeriums Hoffmann hatte bloß 10 Paragraphen, aber sie war so klar gehalten, daß die Betriebsräte, auch jene, die nicht Jurisprudenz studiert haben, genau wußten, was sie zu tun und zu lassen hatten. Und sie haben gearbeitet! Auf alle Gebiete erstreckte sich ihre Tätigkeit. Sie legten den Tarif aus und in zähe geführten Verhandlungen mit den betreffenden Betriebsleitungen verschafften sie ihrer Ansicht Geltung. Lücken des Tarifes wurden vom Standpunkt des Arbeiterinteresses geprüft und ausgefüllt. Und als die Verhältnisse die Organisation zwangen, den Tarif zu kündigen, da waren es die Betriebsräte, die in ihren Vollführungen die Vorarbeiten für den neuen Tarif erledigten. Bei den Verhandlungen um den neuen Tarif waren es wieder die Betriebsräte, die Parolen der Organisationsleitung sofort in die Tat umsetzten, die Stimmung stützten und mit Taftgefühl und Diplomatie hier Härten ausglich und dort Stimmung machten. Kurz es war so, daß sich viele in die Arbeiten teilten, die früher ein einzelner Führer leisten mußte. Und sie taten die Arbeit gut, ein Beweis dafür, wie erzieherisch die Zusammenfassung und gegenseitigen Mitteilungen gewirkt haben. Auch bei dem Meisterstreike gebührt den Betriebsräten die Palme für den glücklichen Ausgang. Es ist dabei gar nicht so sehr der wirtschaftliche Erfolg, wie der moralische Erfolg zu werten. Daß die Meister überhaupt streikten, war für die Unternehmer ein Menetekel, und daß die sich dazu entschlossen, war wieder ihrem Vertrauen in die Betriebsräte zuzuschreiben, in deren Vollzugsrat auch Meisterkollegen Einblick hatten.

Aber außer dem Lohn war es auch die Arbeitsbeschaffung, wo die Betriebsräte Großes geleistet haben. Wenn ihnen aktives Mitbestimmungsrecht verweigert war, so ist es doch durch stetes Drängen von Kauf von Rohmaterialien und zur Aufnahme von Lohnarbeit in vielen Betrieben möglich gewesen Arbeit herbeizuschaffen. In diesem Zusammenhange verdient die Tatsache Erwähnung, daß die Unternehmer, die gewöhnt sind, alle Erscheinungen mit bürgerlicher Denkweise zu ver-

stehen, fest glaubten, daß nach Unterzeichnung des Friedensvertrages ein Steigen des Marktkurses und damit ein Fallen im Preise der Rohmaterialien eintreten würde. Aus diesen Gründen lehnten sie es vielfach ab, zu 25 Mk. Rohbaumwolle zu kaufen und mußten dann zu 82, 90 ja 105 Mk. kaufen! Auch hier waren es die Betriebsräte, die, um einen börsenmäßigen Ausdruck zu benutzen, ein besseres Rückorgan hatten. In Beziehung auf die Behandlung der Arbeiterkassen hat sich auch vieles durch die Betriebsräte gebessert. Es ist ein ungeschriebenes Gesetz, daß Strafen, wie sie früher haufenweise verhängt wurden, heute unzulässig sind. Differenzen zwischen dem einzelnen Arbeiter und den Vorgesetzten unterstucht und vermittelt der Betriebsrat. Bei Ueberwachung der Unfallverhütungsvorschriften hat der Betriebsrat mitzuwirken und man hat auch mitgewirkt. Eine große Arbeit war es, in die verschiedenen Wohlfahrtskassen einzubringen, um dort die Rechte der Arbeiter geltend zu machen, aber es ging und wird weiterhin noch besser gehen. Und so gibt es noch viele Zweige der Betätigung, wo der Betriebsrat eingedrungen ist, um im Interesse der Arbeiterkassen zu wirken.

Eine große Aufgabe erwuchs den Betriebsräten in der Textilindustrie in den Wintermonaten durch die immer schlechter werdende Kohlenlieferung der amtlichen Verteilungsstellen. Die Betriebe mußten Feierschichten einlegen, und die Arbeiterkassen war dadurch um die Früchte ihres Tarifes geprellt, denn durch die Reichsfinanzpolitik, die den Abbau der Erwerbslosenunterstützung in die Wege leitete, wurde das Einkommen der ertwerbslosen Textilarbeiter immer weiter nach unten gedrückt. Gegenwärtig beträgt die Spannung zwischen Unterstützung und Verdienst zirka 20 Mk. oder der Unterstützungssatz 18 bis 20 Proz. des Verdienstes! Hier mußten die Betriebsräte eingreifen. Nach langen schwierigen Verhandlungen gelang es, einen Teil der in den oberbayerischen Kohlenruben geförderten Ueberdickkohlen für die Stadt Augsburg zu retten. Nicht nur das Gaswerk, sondern auch die übrigen notleidenden Betriebe sollen daran partizipieren. Es ist oft auch die Meinung geäußert worden, daß die Unternehmer sehr gern wegen Kohlenmangel Feierschichten einlegen, da sie sich dadurch von der Bezahlung der Tariflöhne drücken können. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß es Unternehmer gibt, die immer noch auf einen Umschwung zugunsten der alten Verhältnisse hoffen, so muß andererseits betont werden, daß auch die Regierung an dem Schuld trägt, denn im Verteilungsplan figurierte die Textilindustrie als nicht lebenswichtig! Die Zeitungen dagegen waren lebenswichtig! — Erst nach einer Verhandlung im Handelsministerium in München gelang es, die Textilindustrie unter die lebenswichtigen Industrien einzureihen.

Mit der Organisation arbeiteten die Betriebsräte recht gut zusammen. Allmählich wurde der Schwerpunkt in die Betriebsräte verlegt. Und mit Recht so, denn auch die ganze Agitation wird nur noch betriebsweise betrieben. Wenn es früher hieß: Bezirksversammlung oder Sektionsversammlung, so ist es jetzt die Betriebsversammlung, die die Dinge entscheidend beeinflusst. Ein Kampf zur Umstellung der Organisation in dieser Richtung war nicht nötig, weil wir zum Unterschiede von manchen anderen Organisationen einen Zentralvorstand haben, der den Betriebsräten gerecht wird.

Wenn man die ganze Tätigkeit rückblickend kritisch betrachtet, so wissen wir ebenso gut wie der Leser es wissen wird: Nur das konnten wir machen, was auf die Fingernägeln brannte; wir konnten nicht vorausschauend, vorausbestimmen und vorausbauen. Wir lebten bei unserer Tätigkeit von der Hand in den Mund. Aber beweist das etwas gegen die Betriebsräte? Nein, es beweist bloß, daß die Arbeit so ungeheuer groß und schwer war, daß die Notwendigkeiten des täglichen Kampfes so ungemein mannigfaltig und wechselnd waren, daß es ein Ruhmesblatt für die Betriebsräte ist, ausgehalten zu haben.

Aber an Ausblicken fehlt es auch nicht. Wenn wir auch im neuen Betriebsrätegesetz keine solchen zu sehen vermögen, so sind es doch andere Momente, die geeignet sind, unsere Herzen höher schlagen zu lassen und unsere Kraft zu neuen Anstrengungen anzuspornen. Zuerst ist der Umstand, daß die Selbständigkeit unserer Kollegen eine Masse Fähigkeit und Talente geweckt, eine große Menge Erfahrungen gesammelt hat. Dann auch die Organisation der Betriebsräte über den Kreis der Textilindustrie hinaus. Es besteht in Augsburg ein Vollzugsrat der Betriebsräte und die Zusammenarbeit der Kollegen ist gut, gut für uns und gut für die Gesamtheit. Wir wollen weder Linksradikale noch Rechtsler sein, wir wollen nur Sozialisten sein. Von diesem Standpunkte aus wollen wir Betriebsräte die Arbeit innerhalb unseres Wirkungsfreies anpacken und sagen: Alles werden wir tun, das uns dem Sozialismus näher bringt und alles bekämpfen, was uns von diesem Ziele abbringen will. Es soll dies nicht durch akademische Diskussionen, auch nicht durch radikale Phrasen geschehen. Nein, durch praktische Kleinarbeit wollen wir wirken und unsere Kraft auch nicht schonen, wenn es gilt, Großes zu vollbringen. Wir haben unser ganzes so kurzes Dasein gekämpft, wir kämpfen und werden weiter kämpfen! Und dann: Es soll keine „Führer“ geben, denen die anderen wie eine Herde nachlaufen sollen, nein, alle wollen wir Führer sein, und derjenige der jeweils nach vorn berufen wird, soll es wissen: Jederzeit muß ich bereit sein, wenn es meine Kollegen wünschen, zurückzutreten und wieder einfacher Soldat sein. Dann wird einmal die Zeit kommen, wo die ganze Arbeiterschaft keine Führer mehr brauchen wird und wo wir frei, stolz und glücklich, wirkliche Sozialisten sein werden.

Wenzel Janu.

Aus der Posamentenbranche.

Aus Kopenhagen wird uns mitgeteilt, daß dort der zu erzielende höchste Stundenlohn 90 Dore beträgt; der höchste zu erzielende Wochenlohn ist 85,70 Kronen. In den meisten Artikeln wird aber nur in Akkord gearbeitet. Es ist nicht empfehlenswert, für Kopenhagen Stellung anzunehmen, ohne bei dem Vorsitzenden der dortigen Organisation über eine solche Erkundigungen einzuziehen; dessen Adresse ist: E. Jensen, Kopenhagens Posamentenfabrik, Store Kongensgade 21 I. Doch sei auch hier schon einiges über die dortigen Arbeits- und Lebensbedingungen für alle, die sich veranlaßt fühlen könnten, in Kopenhagen Stellung anzunehmen, mitgeteilt. Der Aufenthalt wird für Deutsche vorerst auf drei Monate (90 Tage) beschränkt. Soll er länger währen, muß man beim Ministerium um Verlängerung einkommen, die manchmal recht lange auf sich warten läßt. Lässig kann auch

für den Deutschen der Passwang werden. Ist der Pass abgelaufen und der deutsche Konsul verlängert ihn nicht, muß der Inhaber wieder nach Deutschland zurück. Von Unternehmern wird darauf gesehen, daß ja niemand zuviel verdient, besonders von zwei Firmen, welche öfter in der „grauen“ inferieren. Bei Akkordarbeit fällt besonders die unregelmäßige Arbeitsausgabe und die Kleinheit der Aufträge ins Gewicht, weiter Nichtbegünstigung durch den Werkführer, wenn man sich mit ihm nicht auf guten Fuß zu stellen wußte, auch die Abgenutztheit der Arbeitsmittel. Für den Ausländer kommt noch eine gewisse Bevorzugung der heimischen Arbeiter als erschwerend hinzu.

Vermischtes.

Hundertjahrfeier der Eisenbahn.

Am 12. Februar wurde in einem kleinen englischen Lokale die Hundertjahrfeier einer Vereinigung begangen, die den Bau der ersten Eisenbahn veranlaßte. Es war am 12. Februar 1820, daß in dem „Hotel George und des Drachens“ zu *Yarmam Tens* die Versammlung der Aktionäre tagte, die die Gesellschaft konstituierte, welche den Bau der Strecke *Stockton—Darlington* zu bewirken hatte, deren erstes Gleis am 27. Mai 1825 gelegt wurde; die Eröffnung der Linie fand am 27. September 1825 statt. Die Lokomotive, die bei dieser Gelegenheit diente und die die Nummer 1 trägt, wird noch auf dem Bahnhof *Darlington* gehütet.

Die Hundertjahrfeier wurde in demselben Saale des alten *Hotels* begangen, in dem sich die Geburt des neuen Verkehrssystems vollzog, das zu einem entscheidenden Faktor der Tätigkeit in der Welt geworden ist.

Berichte aus Fachkreisen.

Breslau. In einer Versammlung der Arbeiterschaft der Kleiderfabriken und chemischen Waschanstalten am 13. Februar wurde zu dem Verhalten der Arbeitgeber zur Forderung der Zahlung von Feuerungszulagen Stellung genommen. Geschäftsführer Kollege *Güttler* vom Deutschen Textilarbeiterverband berichtete über die Verhandlungen, welche zwischen der Lohnkommission der Arbeiterschaft und der Arbeitgeber am 6. Februar d. J. stattgefunden haben. Nachdem am 23. Januar die Forderung der Arbeiterschaft an den Verband der Arbeitgeber gestellt wurde, ihnen genau soviel wie den übrigen Textilarbeitern Schlesiens an Feuerungszulagen zu gewähren (unter 18 Jahren 35 Pf., von 18—20 Jahren 50 Pf., von über 20 Jahren 60 Pf. pro Stunde, ohne Unterschied des Geschlechts, vom 1. März in jedem Falle 10 Pf. mehr), erhielt der Verband am 31. Januar die Nachricht, daß die Arbeitgeber bereit seien, in Verhandlung zu treten. Diese Verhandlung fand nun am 6. Februar statt und erklärten dort die Arbeitgeber, daß die Arbeiterschaft ganz wesentlich zurückgehen müßte von ihrer Forderung. Obwohl die Lohnkommission strenge Anweisung hatte, bei den niederen Löhnen, welche noch bestehen, nicht von der Forderung abzuweichen, wurde doch darauf eingegangen, um überhaupt zu hören, was die Arbeitgeber für ein Angebot machen werden, in der Hoffnung, daß es noch zu einer friedlichen Einigung kommen könnte. Hierauf erklärten die Arbeitgeber neben allerhand Bemerkungen, die wir uns ersparen wollen hier wiederzugeben, daß sie nicht höher geben könnten, als folgende Feuerungszulagen zu gewähren: unter 16 Jahren 5 Pf., von 16—20 Jahren 10 Pf., von über 20 Jahren 15 Pf., Verheiratete 20 Pf. pro Stunde, außerdem eine Kopfszulage von 125 Pf. pro Woche, die Akkordarbeiter aber nur die Kopfszulage. Hierauf zogen sich die Arbeitnehmer nochmals zurück und stellten fest, daß bei 48stündiger Arbeitszeit ein Feuerungszuschlag von 3,65 Mk. bis 10,85 Mk. für die Perion herauskam. Daß damit nicht im geringsten über die Feuerung hinwegzukommen ist, dürfte jedem klar sein. Die Arbeitnehmer machten einen erneuten Einigungsvorschlag, welcher aber noch wesentlich abwich von der gestellten Forderung. Nachdem dies den Arbeitgebern unterbreitet worden war, erklärten sie dann, nicht weiter verhandeln zu können, schlossen ihre Akten und machten ohne jedes Zugeständnis der Einigung ein Ende. Die Lohnkommission der Arbeiterschaft, welche alles versucht hatte, in friedlicher Weise zu regeln, mußte dann schuldlos die von Seiten der Arbeitgeber abgebrochenen Verhandlungen der Entscheidung der Arbeiterschaft freistellen. — Während der Ausführungen des Kollegen *Güttler* entstanden empörende Unruhen und Zwischenrufe, welche das Verhalten der Arbeitgeber hervorgerufen hatte. Nachdem nun vom Versammlungsleiter, Kollegen *Skubitz*, die Versammlung wieder in ruhige Bahnen geleitet war, ging eine Resolution ein aus der Mitte der Versammlung, welche besagte, wie die Arbeiterschaft über die Feuerung hinwegzukommen gedenkt.

Resolution.

„Die heute im Gewerkschaftssaal statt Versammelten der in Kleiderfabriken und chemischen Waschanstalten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen protestieren aufs schärfste gegen das Verhalten der Herren Arbeitgeber bei den Verhandlungen über Feuerungszuschläge. Die Versammelten bedauern es ganz besonders, zumal sie noch unter Stundenlöhnen bei der heutigen Feuerung für Weibliche von 40 Pf. bis 1,25 Mk. (bester Satz für die Intelligenzesten) und für Männliche von 70 Pf. bis 1,70 Mk., für Gelernete von 1,70 bis 2,10 Mk. sich durchzubumpfen haben. Ferner wird ganz entschieden dagegen protestiert, wenn von Seiten der Arbeitgeber behauptet wird, die jetzige schlechte Konjunktur lasse eine angemessene Feuerungszulage pro Stunde nicht zu und man müsse, falls die Arbeiterschaft auf ihrer Forderung bestehe, die Betriebe schließen. Die Drohung dürfte jeder Berechtigung entbehren, zumal bei äußerst billigen Arbeitskräften und durch Zumeisung von Staatsaufträgen und sonstigen Begünstigungen während des Kriegees den Arbeitgebern nicht unbeträchtliche Gewinne zugeflossen sind.“

Die Versammelten beauftragen den Deutschen Textilarbeiterverband, sofort (unter Ablehnung des Sachschlichtungsausschusses, da es sich nicht um Forderungen handelt), den Schlichtungsausschub der Stadt Breslau anzurufen. Sie hoffen, daß der Schlichtungsausschub sowie der Kundendienst der Kleiderfabriken und chemischen Waschanstalten die Forderungen der Arbeiterschaft in der gegenwärtigen schweren Zeit zu würdigen wissen wird.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach Erledigung verschiedener Betriebs- und Branchenangelegenheiten mußten die erregten Gemüter wieder — ohne Zugeständnis zurzeit — mit der Aufforderung der Verbandsleitung, alle Ruhe und Ordnung weiterzubehalten, in der Hoffnung, daß doch in aller nächster Zeit die Feuerungszulagen gewährt werden, ihre Heimstätten aufsuchen. Die Versammelten setzten alle Hoffnung auf die Hilfe der Schlichtungsstellen, so auch auf das Verständnis des Kundendienstes, daß bei derartigen Löhnen, wie sie in der Resolution angegeben sind, und dem Angebot der Arbeitgeber über die teuren Existenzverhältnisse kein ehrlicher Arbeiter hinwegkommen kann.

Grimmshaus. Zum 24. Februar hatte unsere Filiale eine öffentliche Textilarbeiterversammlung nach dem „Gewerkschaftshaus“ einberufen mit dem Thema: „Die neuen Gewerkschaften.“ Referent: Redakteur Kollege *Hugo Dreijel*. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Referent legte in längerer und vorzüglichen Ausführungen dar, daß die Gewerkschaften ganz andere Aufgaben in Zukunft zu bewältigen und zu erledigen haben

werden und daher auch dementsprechend umgeformt werden müßten. Die Gewerkschaften müßten sich daher mehr mit Politik beschäftigen, da die Politik die Gewerkschaften beeinflusst. Redner kommt dann auf die Generalkommission zu sprechen und unterzieht dieselbe einer scharfen Kritik; mit Recht hebt er hervor, daß die Generalkommission während der Kriegszeit eine für die organisierte Arbeiterschaft schädigende Politik getrieben hat, und da auch die Spitzen des jetzigen Gewerkschaftsbundes diese Politik noch weiter treiben, muß die organisierte Arbeiterschaft und vor allem die Textilarbeiterschaft alles daran setzen, daß diese die revolutionäre Politik der aufwärtsstrebenden Massen, der organisierten Arbeiterschaft schädigende Politik beseitigt wird. Redner kommt sodann auf das Betriebsrätegesetz zu sprechen und bemerkt, daß uns das Gesetz nicht bringt, was wir von ihm erhofften und erwarteten, doch muß hier die Arbeiterschaft dahin wirken, daß in kurzer Zeit eine Revision des Gesetzes vorgenommen werden muß. Die Arbeiter müssen in den Betrieben Kollegen als Betriebsräte wählen, welche voll und ganz auf dem Boden des Sozialismus stehen. Nur dann ist es möglich, einen Nutzen für die Arbeiterschaft herauszuholen. Ferner hebt Redner noch hervor, daß die gewählten Betriebsräte in engstem Zusammenhange mit der Organisation stehen müßten, die Organisation ist der Stützpunkt des Ganzen. An der darauf folgenden Aussprache beteiligten sich mehrere Kollegen, welche gleichfalls gegen die Ungünstigkeit des Gesetzes protestierten. Eine eingegangene Resolution, welche scharfen Protest gegen den Reichsarbeitsminister schließt, erhebt, weil derselbe die gelben Gewerkschaften als gleichberechtigt anerkennt, wurde einstimmig angenommen. In seinem Schlusswort legte Kollege Dressel den Anwesenden nochmals ans Herz, in Zukunft mit aller Energie an dem Ausbau der Gewerkschaften mitzuarbeiten, damit dieselben das würden, was sie sein sollen, nämlich ein Bollwerk, an dem der Kapitalismus zerbrechen muß.

Überbach i. Bad. Am 18. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung war: 1. Jahresbericht. 2. Kassensbericht. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 4. Lohnbewegung. Nach dem Jahresbericht waren ordentliche Versammlungen 12, außerordentliche 3, auswärts auch 3, und zwar in Hirschhorn 1, in Auergerach 2. Sitzungen waren ordentliche 11, außerordentliche 9. Februartage 5. Eingegangene Briefe 118, abgegangene 144. Den Kassensbericht gab Kassierer Ferdinand Löh: Gesamteinnahme 3303,41 M., Ausgaben 3097,49 M. (an die Zentrale 2642,40 M.), bleibt Kassenbestand 205,92 M. (für die Lokalfasse 660,60 M.). Gesamtmitgliederszahl 219, ausgetreten 54, am Ende des Jahres 165 Mitglieder. Die Neuwahlen ergaben: 1. Vorsitzender Josef Weingartner, 2. Vorsitzender Otto Schindler, Kassierer Ferdinand Löh und Schriftführer Wilhelm Neidel. Zur „Lohnbewegung“ wurde gezeigt, was wir bis jetzt durch die Organisation erreicht haben: Tarifabschlüsse für 5 Betriebe. Durchschnittslohn vor einem Jahr pro Arbeiter und Stunde 60 Pf., jetzt 1,90 M.

Eibau. Eine leider wieder schlecht besuchte Mitgliederversammlung der Ortsverwaltung Eibau-Walddorf fand am 12. Februar im Gasthof zum Lamm, Eibau, statt. Der Vorsitzende, Alvin Lude, rügte den schwachen Besuch. Der Geschäftsführer, Kollege Richter, hielt nun einen Vortrag über die mit den Unternehmern über den Manteltarif gepflogenen Verhandlungen. Die sehr wichtigen Erwartungen werden immer wieder durch neue Schwierigkeiten enttäuscht, die ein Zustandekommen des Tarifs hindern. Die Unternehmer würfen immer neue Gründe in die Waagschale, die von den Arbeitervertretern abgelehnt werden müßten. Vor allem wollen sie eine 14tägige Durchschnittsberechnung einführen, die aber, was an einigen Beispielen erläutert wurde, zum Nachteil für die Arbeiterschaft wäre. Die anwesenden Arbeiter sollen mit ganz erheblichen Einbußen an Arbeitslohn beschäftigt werden, auch soll die Zeit des Lernens eine längere sein, als sie der Vorkursus der Organisation vorsieht. Die Verhandlungen sind wieder verjagt worden — auf einen noch unbestimmten Termin. — Weiter behandelte Kollege Richter die Verhandlungen mit den Arbeitgebern in Chemnitz. Die ungeheure Teuerung, die wieder eingetreten ist, macht es notwendig, daß die Arbeiterschaft eine Teuerungszulage fordere. Die Unternehmer waren auch bereit, die Bedürfnisfrage zu bejahen, doch über die Forderung, die auf einen 75prozentigen Zuschlag auf die bestehenden Tarife hinzielt, konnte keine Einigung erreicht werden. Nach langwierigen Verhandlungen wurde folgende Abmachung getroffen: Männliche über 20 Jahre pro Stunde 55 Pf., weibliche über 20 Jahre pro Stunde 50 Pf., Jugendliche unter 20 Jahren pro Stunde 35 Pf. Weiter behandelte der Redner die Frage des Zweistufensystems, dabei betonend, daß diese für uns so wichtige Sache erst dann wird spruchreif werden, wenn auch alle arbeitlosen Kollegen und Kolleginnen wieder beschäftigt sind. Alle dahingehenden Anliegen der Unternehmer, die hier und da mit den Ausschüssen besprochen wurden, sollten erst der Gauleitung unterbreitet werden. Verhandlungen des Bezirks, die am 25. und 26. Januar in Leipzig stattfanden, würdigte der Geschäftsführer in längeren Ausführungen. Die Besungnisse des Bezirks erläuterte er, entrollte er ein Bild über die von demselben gefaßten Beschlüsse, die Unfallversicherung unserer Untertassierer betreffend. Mit diesen Beschlüssen sei der Verband auf sozialem Gebiet wieder einen Schritt weiter gekommen. Die von der Plauener Generalversammlung beschlossene Beitragsbemessung wurde dahin geregelt, daß in Zukunft, infolge Steigens der Löhne, der Beitrag zu steigern sei. Eine eventuelle Beitragserhöhung käme gar nicht in Frage, nur sollen aus Gerechtigkeitsgründen die Beiträge dem tatsächlichen Stundenverdienst angepaßt werden. Mit mahnenden Worten, auch weiterhin dem Verbande, dem wir doch das meiste zu verdanken haben, die Treue zu halten, schloß der Redner seinen Vortrag. — Die Diskussion, die nun folgte, zeigte ein Bild von den Wünschen, deren Erfüllung von dem Gelingen des Manteltarifs abhängt. Kollege Abersbach bedauerte, daß eine solche Entscheidung so lange auf sich warten lasse, denn die Ausschüsse ständen oft mit gebundenen Händen da; es müsse in Zukunft ein Manteltarif gleich mit dem Tarif abgeschlossen werden. In seinem Schlusswort ging Kollege Richter auf die angeführten Ausführungen näher ein, besonders auf die von einem Kollegen angeführte Frage der Organisationsleistung. Nur wenn wir durch eine starke, leistungsfähige Organisation gedeckt sind, werden wir halten können, was wir uns geschaffen. Wenn wir nicht wieder in jene traurigen Zustände zurückkehren wollen, unter denen die Laufsteg-Textilarbeiter früher litten, müßten wir auch zu einem Opfer bereit sein. Bei einem jetzt errungenen Erfolge dürfe nicht stehen gelassen werden; nur durch einmütiges Zusammenhalten könne das gesteckte Ziel erreicht werden.

Grafengehag. Am 20. Februar hielt die Filiale in der „Post“ eine Monatsversammlung ab. Vorsitzender Gerhard referierte über die neue Lohnbewegung der Handweber und brachte dadurch bei den Mitgliedern eine sehr zufriedene Haltung zustande. Da aber der Besuch sehr schlecht war, konnte der Vorsitzende seine sich gesteckten Ziele nicht erreichen. Weidmes, das doch auch zur Filiale Grafengehag gehört, war gar nicht vertreten. Die Kollegen glauben, wenn sie wöchentlich ihren Beitrag zahlen und dafür öfters fragen: „Wann gibt es mehr Lohn?“, wäre ihre Pflicht erfüllt. Hoffentlich werden sie in den nächsten Versammlungen vollzählig erscheinen. Ueberhaupt fehlt bei den Handwebern die nötige Einigkeit, und solange die nicht zustande kommt, sind sie nicht stark. Erst wenn sie sich einig sind und sich stark fühlen, werden sie erreichen, was sie schon längst erreicht haben sollten.

Grünberg (Schlef.). Am 25. Februar tagte hier eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung. Geschäftsführer Kollege Güttler-Breslau sprach über: „Innerer und äußerer Ausbau unserer Organisation.“ In fast 1 1/2stündigem Vortrag legte er den Kollegen und Kolleginnen dar, wie notwendig es gerade in der jetzigen Zeit sei, fest zur Organisation zu stehen. In welcher Weise heute schon die Unternehmer gegen die Arbeiterschaft vorgehen, geht dar-

aus hervor, daß man heute den Arbeitern kündigt, angeblich wegen Nichtrentabilität des Betriebes. Diese Maßnahmen zeigen uns zur Genüge, wie sehr wir auf der Hut sein müssen. Mit Unorganisierten dürfte überhaupt nicht mehr gearbeitet werden. Um nun aber auch in der Organisation Rückhalt zu haben, müssen wir finanzkräftig sein. Die Unterstützungsätze, welche wir heute in unserer Organisation haben, tragen den heutigen Verhältnissen keine Rechnung. Aus diesem Grunde hat sich der Beirat des Textilarbeiterverbandes entschließen müssen, die Unterstützungsätze zu erhöhen, demzufolge muß auch notgedrungen eine Erhöhung der Beiträge und des Lokalzuschlags stattfinden. Diese Erhöhung tritt am 1. April in Kraft und muß dann jeder Kollege einen Stundenlohn als Wochenbeitrag zahlen. Die Textilarbeiterschaft Grünbergs, welche bis jetzt immer als musterhaft dagestanden hat, möge zeigen, daß sie es auch ferner sein will und sich reiflos den Beschlüssen des Beirats fügt. Stürmischer Beifall beschloß die Ausführungen des Redners. Gegen wenige Stimmen wurde beschlossen, den Lokalzuschlag ab 1. April auf 30 Pf. festzusetzen. Zu Punkt 2. Verbandsangelegenheiten, wünschten die Streikerinnen bei Abschluß eines neuen Tarifs mehr berücksichtigt zu werden als bisher. Dem wird auch in jeder Weise Rechnung getragen werden. Ferner wurde seitens der Kollegen darauf hingewiesen, bei den Wahlen zu den Betriebsräten solche Kollegen zu wählen, welche auch gewerkschaftlich geschult sind. Auch sollen die Kollegen und Kolleginnen nicht nur zahlende Mitglieder sein, sondern auch denkende, dann würde den Kollegen im Betriebe die Arbeit bedeutend erleichtert werden. Mit einem Appell an die Mitglieder, die Versammlungen immer so zahlreich zu besuchen, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Gummersbach. In der Nr. 8 der christlichen „Textilarbeiterzeitung“ wird unter Kollmerhausen über einen angeblichen Fehler berichtet, der nach Angaben der „Christen“ von unseren Mitgliedern herabzugetragen sein soll. Wir stellen nach Mitteilungen der Belegschaft, bei der dieses angeblich geschehen sein soll, fest, daß der Artikelschreiber den Tatsachen zuwider berichtet hat. Die dort zu unserem Verband Uebergetretenen haben nach ihrer Ueberzeugung gehandelt. Wenn die Schriftleitung der christlichen „Textilarbeiterzeitung“ zu jener Meldung bemerkt: „Mitgliedsbücher und -karten sind Eigentum des Verbandes“, so stimmt dieses. Aber das nämliche nehmen auch wir für uns in Anspruch. Das muß der Schriftleitung auch bekannt sein. Im übrigen steht es den „Christlichen“ frei, den unendlichen Ballast bei uns abzuholen, und wenn sie die Last nicht tragen können, mögen sie noch ein Führerwerk mitbringen und die von unserer Organisation vereinzelte in ihrem Besitz befindlichen Mitgliedsbücher nicht mitzubringen vergessen.

Gutach (Weisgau). In unserer Generalversammlung am 22. Februar gab Kollege Hehrle den Jahresbericht, wonach die Vorstandswahl stattfand, der sich die Wahlen zum Kartell angeschlossen. Wehrle-Waldkirch erläuterte dann das Betriebsrätegesetz, worauf eine Kommission zur Durchführung der Wahlen eingesetzt wurde. Dann wurde der Kartellbericht gegeben. In dringenden Worten wurden dann die Mitglieder ermahnt, den Versammlungen mehr Interesse entgegenzubringen, so daß das Fundament, das wir hier im schönen Elgtale gelegt haben, bald zu einem stattlichen Hause ausgebaut werden könnte. — Den Schluß bildete eine Theateraufführung.

Leobschütz. Am 18. Februar tagte hier im Schöfferschen Lokal eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende, Kollege Ganiel, verlas ein Schreiben des Gauleiters über Verhandlungen, welche er mit den Fabrikanten betreffs Erhöhung der Teuerungszulagen geführt hat. Daß die Leobschützer Fabrikanten nicht zu den freigebigsten, eher zu den fähigsten gehören, das zeigt, daß sie nur 2 M. — aber auch nur einem Teil der Arbeiter — als Erhöhung der Teuerungszulage bewilligten. Die Firmen G. Schneider und Max Winkler waren überhaupt nicht unterzeichnet. — Es wurde beschlossen, das Zugeständnis der Fabrikanten abzulehnen, weil in ihm eine Verhöhnung der Leobschützer Textilarbeiterschaft liege, und den Gauleiter aufzufordern, den bestehenden Tarifvertrag auf schnellstem Wege zu kündigen und neue Verhandlungen einzuleiten.

Magdeburg. Am 11. Februar fand im „Diamantbräu“ unsere Monatsversammlung statt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, erhoben sich die Mitglieder zu Ehren der verstorbenen Kollegin Emma Hamel von ihren Plätzen. Den Kartellbericht erstattete in ausführlicher Weise Kollege Hohl. Kollege Günther verlas den Bericht von der Gaukonferenz, in welchem die Zahlstelle Magdeburg infolgedessen Erwähnung fand, als der Kollege Töpfer den Streik bei der Firma Vahr schilderte. Ein Antrag betreffs Erhöhung der Streikunterstützung wurde auf der Konferenz, da statutenmäßig unzulässig, abgelehnt, jedoch ergab eine Sammlung unter den Delegierten zugunsten der Magdeburger Streikenden die Summe von 320,25 M. Vom Kollegen Töpfer wurde der Bericht in humoristischer Weise ergänzt. Nach der Wahl von Delegierten zur Föderalkonferenz und zum Betriebsrätekongreß entstand eine längere Debatte über die Forderung von Teuerungszulagen; unter anderem hob der Vorsitzende Töpfer hervor, daß nur durch geschlossenes Vorgehen etwas zu erreichen sei, wie z. B. bei der Firma Felsig Grant, Baumwollspinnerei, wo durch strafes Zusammenhalten der Arbeiterschaft mit Hilfe unserer Organisation bei Verhandlungen, die von unserem Gauleiter Voigt und unserem Vorstehen Töpfer geführt wurden, im Januar Löhne bis 3,75 M. für Männer und 2,25 M. für Frauen herausgeholt wurden. Es wurde beschlossen, betreffs Zahlung zwittertariflicher Teuerungszulagen sobald wie möglich mit den Arbeitgebern selbst zu verhandeln und den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses für die Metallindustrie als Verhandlungsbasis abzulehnen. Nachdem noch manches lokaler Natur erörtert worden war, erfolgte der Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Malchow i. Malbg. Am 19. Februar hielt die Ortsgruppe Malchow i. Malbg. ihre Mitgliederversammlung im Saale des Schulhauses ab.

Die Beschlusfassung über die Teuerungszulagen wurde verlesen. Es entspann sich eine Debatte darüber, ob ein Organisationsvertreter herbeigerufen werden solle oder nicht. Die meisten der anwesenden Kollegen sprachen sich für die Herberufung eines Organisationsvertreters aus, während ein Kollege es für richtiger hielt, den Arbeitgebern gleich auf den Pelz zu rücken und eine Weigerung der Arbeitgeber, die Teuerungszulage zu zahlen, eventuell mit Streik zu beantworten. — Kollegen, wir können nicht genug vor unüberlegten Schritten in dieser Hinsicht warnen. Seid versichert, daß vom Deutschen Textilarbeiterverband alles in dieser Hinsicht Erforderliche unternommen wird, um eure Lage erträglicher zu gestalten. — Kollegen, es ist uns, wie bekannt, von den Arbeitgebern eine Teuerungszulage angeboten worden, und zwar pro Kopf und Woche für erwachsene Männer und Frauen über 20 Jahre 80 Pf., während die Arbeiter unter 20 Jahren leer ausgehen sollten, die können ja wohl von der Luft leben. Kollegen und Kolleginnen, den Arbeitgebern, die uns solche Bettelpfennige bieten, werden wir zeigen, was es heißt, die Arbeiter durch frivole Angebote zu verhöhnern. Kollegen und Kolleginnen, haltet an der einmal aufgestellten Forderung, die ja auch allen bekannt ist, fest, und wir werden sehen, wer der Stärkere ist, laßt Euch durch nichts zurückweichen, sondern laßt es bis zum Letzten kommen, denn Ihr habt auch ein Anrecht auf Leben. — Der Beitragserhöhung durch den Beirat wurde zugestimmt, ebenso der Unfallversicherung für den Untertassierer.

Messersdorf-Wigandsthal. Am 22. Februar fand im Gerichtsfreistad eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Hermann vom Gauverband sprach über das Thema „Der Textilarbeiter in der Gewerkschaftsbewegung“. In seinem Vortrag kam er auch auf die Verabschiedung in Leipzig zu sprechen, insbesondere auf die Beitrags-erhöhung vom 1. April ab. Unter Punkt 2 gab Kassierer Wolf die Abrechnung vom 4. Quartal. Die Einnahme betrug 3376,64 M.,

die Ausgabe 2659,82 M., der Kassenbestand 715,82 M. Dann wurden wiederum Klagen über die Firma Adam u. Knauer geführt, z. B., daß der Betriebsleiter so viel Oesterreicher angenommen hat und die hiesigen Arbeiter keine Arbeit haben; daß die Oesterreicher fortgesetzt ohne Wissen des Arbeiterausschusses am Sonnabendnachmittag Ueberstunden leisten; daß der Webmeister Fischer über siebzig Stühle bedient und mancher Weber daher stundenlang warten muß. Kollege Hermann ver sprach, für Abhilfe sorgen zu wollen. Kollege Hermann sprach weiter über das Betriebsrätegesetz. Er wünschte auch strenge Einhaltung des Achtstundentages bzw. des Sechstundentages am Sonnabend. Die noch nicht organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Firma Lakmann sollen unbedingt für den Verband gewonnen werden; ist es doch der einzige Betrieb hier, wo noch „Rauhbeine“ stehen.

Nasfätten i. Zaunus. Wie notwendig eine straffe Organisation ist, zeigt so recht die Leitung des Betriebes von Rüttger hier. Sie hat es durch eine kluge Politik verstanden, sich fast sämtlicher männlicher Arbeiter zu entledigen, offenbar weil sie glaubt, mit dem weiblichen Geschlecht besser fertig zu werden. Die noch im Betriebe stehenden männlichen Arbeiter sehen ihrer demnächstigen Entlassung entgegen. Die Bevorzugung der weiblichen Arbeiter zeigt, daß diese nun um so fester zum Verbands halten müssen, wenn sie nicht zum Spielball der Launen der Betriebsleitung werden wollen. Denn daß das nur zu ihrem Schaden sein könnte, kann nicht bezweifelt werden nach dem Verhalten des Herrn Rüttger dem Verbands gegenüber; hat er doch unserer Ortsgruppe öffentlich Feindschaft angedeutet. Damit ist erklärt, daß er den Bestrebungen des Verbandes in Feindschaft gegenübersteht. Nur deshalb werden alte Arbeiter, die ihm lange Jahre treu gedient haben, nun aber, wie es ihr gutes Recht ist, unserem Verband anzugehören und seine Macht zu heben suchen, entlassen. Herr Rüttger ist konterbativ, auch in bezug auf die Wahrung seines Geldbeutels, und er sucht jede Bestrebung von sich fernzuhalten, die seinen Geldbeutel etwas schwächen könnte. Bei der stetig zunehmenden Teuerung läuft das aber auf finanzielle Schädigung der Arbeiterschaft hinaus. Herr R. schließt bei den Entlassungen von Männern schlechten Geschäftsgang vor, doch daß von den Entlassungen niemals weibliche Arbeiter betroffen werden, sogar die Geneigtheit besteht, solche immer noch einzustellen, das zeigt klar und deutlich, daß man nur mit den Männern reinen Tisch machen will, um mit den Frauen nach Belieben umspringen zu können. — Kolleginnen zeigt euch solidarisch mit den Männern und steht nun um so fester zum Verbands! Ihr treter damit nicht nur für die Bestrebungen eurer Kollegen ein, sondern wahrst auch euer eigenes Wohl damit. Laßt euch über die Bestrebungen der Fabrikleitung nicht dadurch täuschen, daß man euch jetzt den Männern vorzieht! Bald würde es auch für euch heißen: Wer nicht pariert, liegt. Und wie jetzt die rückgratigsten Männer durch euch erlegt werden, so wird man euch dann durch willfährigere Frauen zu erlegen suchen. Zeigt ihr euch aber in jedem Betracht willfährig, so geschieht es auf eure Kosten. Das wollt ihr doch gewiß nicht. So haltet denn mit samt den Männern fest zu unserem Verbands! Der Lohn wird nicht ausbleiben.

Obst (Rheinl.). Am Sonntag, den 22. Februar, tagte im Saale des Herrn W. Klein unsere Mitgliederversammlung. Bei dem reichhaltigen Programm hätte die Versammlung besser besucht sein können. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung waren folgende: Beitragserhöhung, Entstehung und Entwicklung des Verbandes. Durch einen längeren Vortrag überzeugte der Kollege Buschhüter die Anwesenden von der Notwendigkeit der Beitragserhöhung. Der Redner schilderte die Entwicklung des Verbandes. Auch die Filiale Obdt kann mit Stolz auf ihre Entwicklung zurückblicken. Dank eifriger Agitation des Vorstandes und der hiesigen Ausschüsse ist die Mitgliederzahl auf über 500 gestiegen. Mit einigen kräftigen Worten rigte Kollege Buschhüter die Mißstände in den beiden hiesigen Betrieben und ermahnte die Kollegen, die nächsten Versammlungen besser zu besuchen. — Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß in kurzer Zeit die Bibliothek neu gereinigt und durch neue Bücher ergänzt wird. Näheres wird noch bekanntgemacht. D. V.

Ostags. Am 25. Februar fand im „Löwen“ unsere Mitgliederversammlung statt, die leider sehr schwach besucht war. Der Vorsitzende verlas zunächst den für den Betrieb „Milawert“ in Zschöllau am 20. Februar abgeschlossenen Tarif, welcher den dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen eine weitgehende, schon langersehnte Lohn-erhöhung brachte. Zum Bedauern der Versammlung wurde festgestellt, daß von den in diesem Betrieb Beschäftigten niemand anwesend war. Zur bevorstehenden Branchenkonferenz in Chemnitz wurde Kollege Hans Reinhardt, für die am 21. und 22. März in Dresden tagende Gaukonferenz Kollege Drechsler als Delegierter gewählt. Die von dem Vorsitzenden gegebenen Erläuterungen des Betriebsrätegesetzes wurden von dem als Gast hier weilenden Kollegen Jungbusch aus Weinheim noch bekräftigt. In der Debatte über die bevorstehende Beitragserhöhung wurde ausgesprochen, daß es einer solchen wohl bedurft hat, da die Zukunft den Textilarbeitern sicher schwere Kämpfe bringen wird. Der Lokalbeitrag wird auf 20 Pf. erhöht. — Die am Vormittag durchgeführte Hausagitation unter den Heimarbeitern ergab 60 Neuaufnahmen. Das geplante Stiftungsfest, bestehend aus Ball und theatralischen Aufführungen, findet am 17. April im „Hotel zum Löwen“ statt. Mit der Mahnung, in Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Urbach. Am 9. Februar hielten wir unsere Generalversammlung in Unter-Urbach ab; sie war leblich gut besucht. — Auch hierbei hat der Verband schon Großes bewirkt und manches Hindernis beseitigt, daß unserm sozialen Aufstieg noch im Wege stand. Dennoch muß es aber auch heute noch für uns heißen, treu zum Verbands zu halten und immer wieder aufs neue für ihn zu werden und ihn dadurch zu einer Kampforganisation zu machen, die allen Stürmen standzuhalten vermag.

Zittau i. S. Eine außerordentliche Generalversammlung tagte am 26. Februar im Volkshaus, in der zunächst Kollege Jochemann über den Betriebsrätekongreß in Leipzig berichtete. Die Diskussion war eine recht lebhaft. Scharf kritisiert wurde das Gesetz als unzulänglich. Fast alle Redner aber stellten sich auf den Standpunkt, daß die gegebenen Rechte bis zum äußersten ausgenutzt werden müssen. — Mit großer Mehrheit wurde die Kollegin Luise Goldberg aus Hartau bei Zittau als Hilfskraft gewählt. Ueber den Entwurf zu einem Ortsstatut, das für die Generalversammlung der Filiale des Vertretersystems vorsieht und deshalb als Unterbau die Einteilung des Verwaltungsgebietes in 14 Ortsgruppen nötig macht, referierte Kollege Liebig. Der Entwurf wurde ohne Debatte einstimmig angenommen. Ebenfalls angenommen wurden die Anträge, mit Eintritt der neuen Beitragsregelung ab 1. April den Lokalzuschlag auf 20 Pf. festzusetzen und den Untertassierern die Entschädigung auf 10 Pf. für jede verkaufte Beitragsmarke zu erhöhen. Kollege Liebig berichtete dann noch über den Stand der Tarifbewegung der Meister und technischen Angeestellten im hiesigen Bezirk. Die Unternehmer lehnen es kategorisch ab, über die Grundgehaltssätze, wie sie der Pulsnitzer Meistertarif vorsieht, hinauszugehen, trotzdem diese Sätze dort schon seit dem 1. November 1919 gelten, in hiesigen Bezirk aber bis 31. Dezember die bedeutend niedrigeren Sätze des alten Tarifs gezahlt wurden. Die beteiligten Arbeitnehmerorganisationen haben nun beim Schlichtungsausschuß die Fällung eines Schiedspruches beantragt. Die Situation ist im allgemeinen recht kritisch und die Arbeiterschaft hat alle Ursache, sich auf alle Möglichkeiten vorzubereiten. Für den Fall, daß es noch zum Kampf kommen sollte, gab Redner noch Richtlinien über das dann von der Arbeiterschaft einzuschlagende Verhalten bekannt. Mit einem aufmerksamen Schlusswort des Kollegen Jochemann fand dann die stark besuchte Versammlung ihren Abschluß.